

ARNOŠT KLÍMA (Prag, ČSSR)

*Das nationale Problem in der Revolution 1848 in Böhmen*

I

Die Pariser Revolution vom Februar 1848 hatte einen großen Widerhall in den europäischen Ländern. So war es auch in Böhmen. Die Leute versammelten sich in den Kaffeehäusern wo sie in ausländischen Zeitungen wo möglich viel Einzelheiten über den Verlauf und die Ergebnisse erfahren wollten. Die Postwagen brachten am Vormittag die Allgemeine Zeitung aus Augsburg und die Leute beeilten sich auf die Prager Kleinseite, um bald zu erfahren was in Frankreich neues ist. In den Kaffeehäusern wurden die ausländischen Zeitungen laut vorgelesen, damit alle erfahren was sich tut. Vor den Kaffeehäusern haben sich Leute versammelt, weil nur ein Teil der Neugierigen in den Räumen Platz hatte. Überall wurde über die politischen Ereignisse gesprochen.

Als es in Prag zur bekannten Sitzung am 11. März kam, wo man über die Einberufung des Ständetages mit der Teilnahme der Abgeordneten aller königlichen Städte und der Landbevölkerung, über eine Gemeindeordnung, über die Nationalgarde und die Aufhebung der Zensur verhandeln sollte, war es schon klar, dass es sich um den Anfang einer neuen politischen Zeit in Böhmen handelt. In den ersten Tagen, nach dem 11. März und nach den Erfolgen der Revolution in Wien vom 13.-15. März, war die Bevölkerung von Prag begeistert durch die ersten Erfolge der Revolution. Die Abschaffung des absolutistischen System Metternichs ebenso wie der Polizei-Ordnung des Grafen Sedlnitzki, der verhassten Zensur-Ordnung und die Zusage der Herausgabe einer Verfassung, das alles rief eine Begeisterung hervor, besonders bei jenen, die die Atmosphäre des Vormärz unterdrückte und die dieses System der Regierung haßten.

Die politische Freiheit, welche jetzt erzielt wurde, ließ die Leute, wenigstens für einige Tage, auf andere Probleme vergessen, die aber auch auf ihre Lösung warteten. In der Sitzung vom 11. März hörte man die Worte: "Čech a Němec jedno tělo."<sup>1</sup>

Viele Gedichte, Artikel, Flugblätter waren im März 1848 in diesem Sinn geschrieben. Moritz Hartmann hat in seinen Gedichten aus jenen Tagen die Freiheit gefeiert, die seine Heimat errungen hat. Er sprach von dem ewigen

1. "Der Tscheche und der Deutsche sind ein Leib." J. V. Frič, *Paměti*, 4th ed., 3 vols. (Praha: Státní nakl. krásné literatury, hudby a umění, 1957-63), I, S. 367.

brüderlichen Bund der Tschechen und Deutschen, von der Freude, daß die Heimat frei ist? <sup>2</sup> Und ähnlich wie Hartmann schrieb der Dichter Friedrich Sacher, für den die Einwohner von Böhmen zwar zwei Sprachen sprechen, aber ihre Herzen schlagen gleichartig? <sup>3</sup> Dieser Gedanken war auch in dem Gedicht: "An die Czechen und Deutschen im Königreiche Böhmen;" wo der Autor seine Überzeugung äußerte, daß die Verfassung eine gleichberechtigte Stellung beider Nationen schaffen wird, und daß beide dann gemeinsam für das Recht kämpfen werden. Das Ende des Gedichtes zeigt die Stimmung jener Tage:

"Jubelt Brüder, lasst den Jubel schallen,  
Hoch erfreut im ganzen Böhmenland,  
Da nun Czechen, Deutsche friedlich wallen,  
Arm in Arm in beider Vaterland!"<sup>4</sup>

In den Tagen dieser Stimmung wurde, am 14. März, das Gesuch der Prager Bürger überreicht, in dem die Aufrechterhaltung der tschechischen Nationalität in allen böhmischen Kronländern und die volle Gleichstellung der tschechischen und deutschen Sprache in den Schulen und Ämtern gefordert wurde.<sup>5</sup> Und am folgenden Tag forderten die Studenten der Prager Universität, "daß es jedem ermöglicht sein sollte, sich in beiden Landessprachen auszubilden und zwar in allen Fächern."<sup>6</sup>

Und doch dauerte diese Stimmung nicht lange. Karel Kosík hat gefragt wodurch diese Änderung hervorgerufen wurde, daß "eine kurze brüderliche Verbindung sich in einen nationalen Haß veränderte, der die Bevölkerung der böhmischen Länder in zwei unversöhnliche Lager teilte."<sup>7</sup>

Ich möchte es versuchen dieses Problem von jenen Märztagen 1848 zu klären. Die tschechische liberale Bourgeoisie hat sich vom Anfang der revolutionären Bewegung in Böhmen darum bemüht die feudalen Verhältnisse abzuschaffen. Sie war gegen die weitere Fortbestehung der Frohnleistungen und der Unterthänigkeitsverhältnisse. Sie wollte die Robot für eine Entschädigung abschaffen und bürgerliche Freiheiten durchsetzen. Daneben wollte sie Änderungen in der Verwaltung der böhmischen Länder erzielen. Sie ging dabei vom historischen Recht der böhmischen Kronländer aus und wollte aus Böhmen,

2. R. Maršan, *Čechové a Němci roku 1848 a boj o Frankfurt* (Praha: J. Otto, 1898), S. 8. *Letáky z roku 1848*, usp. Miloslav Novotný (Praha: ELK, 1948), S. 200.

3. *Ebenda*, S. 208.

4. *Ebenda*, S. 8. Einen ähnlichen Inhalt hatten die Nummern der Zeitschrift *Hlásník* und das Flugblatt von Hieckel, welches M. Novotný in den Sammlung *Letáky z roku 1848*, S. 30, veröffentlichte.

5. Josef Pfitzner, *Das Erwachen der Südetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848* (Augsburg: J. Stauda, 1926), S. 364-65.

6. Maršan, *Čechové a Němci*, S. 14.

7. Karel Kosík, *Česka radikální demokracie* (Praha: SNPL, 1958), S. 242.

Mähren und Schlesien eine Einheit schaffen, die ein gemeinsames Parlament (sněm) haben sollte, das in Prag oder Brno (Brünn) tagen würde. Die böhmischen Länder sollten administrativ vereinigt werden und ihre Verwaltungs-, Rechts und Finanzämter sollten in Prag sein.<sup>8</sup> Das bedeutete, daß die böhmischen Länder eine Einheit im Rahmen Österreichs bilden sollten. Neben diesen wichtigen Verwaltungsforderungen wurde auch die Gleichberechtigung der tschechischen und deutschen Nationalität in den Ämtern und Schulen der böhmischen Länder gefordert und auch, daß alle Beamten beider Landessprachen mächtig sein sollen.

Diese Forderungen der tschechischen liberalen Bourgeoisie kamen nicht in diesem Wortlaut in die erste Petition, die am 16. März ausgearbeitet und am 19. März dem Kaiser nach Wien übersendet wurde. Die Änderungen, die vorgenommen wurden sind bedeutsam und zeigen, daß auch die liberale Bourgeoisie im Petitionsausschuß auf einen Widerstand stieß. Die konservativen Mitglieder dieses Ausschusses und die Vertreter des Adels haben bedeutende Änderungen in den Formulationen erreicht. Im ersten Artikel der Petition wurde die Gleichstellung der tschechischen und deutschen Sprache in den Schulen und Ämtern gefordert. Im zweiten wurde angeführt, daß "der Bund zwischen Böhmen, Mähren und Schlesien durch die gemeinsamen Stände dieser Länder gestärkt werden soll, die jedes Jahr einen gemeinsamen Ständetag abhalten möchten."<sup>9</sup>

Im achten Artikel wurde gefordert, daß die Beamten beide Landessprachen: Tschechisch und Deutsch können sollen. Die anderen Forderungen befaßten sich nicht mit nationalen- aber mit Verwaltungsfragen. Es wurden Änderungen in den Bauernverhältnissen, in der Ortsverwaltung gefordert, ebenso wie ein öffentliches Zivil- und Strafverfahren, die Presse- und Glaubensfreiheit, die persönliche Sicherheit, die allgemeine Wehrpflicht, die Aufhebung der Nahrungsmitteltaxe, die Lehrfreiheit an den Universitäten und eine Regelung der Gehalts- und Erziehungsverhältnisse der Lehrer.

Im Vergleich zu den früheren Forderungen sehen wir, daß die Forderungen der Radikalen über die Organisation der Arbeit und der Löhne ausgelassen wurde, die Aufhebung der Robot wurde in eine nicht viel sagende zeitgemäße Änderung der Bauernverhältnisse, abgeändert.<sup>10</sup> Aber auch andere Änderungen der Formulationen waren bedeutend. So wurde der Artikel über die administrative Vereinigung der böhmischen Länder mit der Bildung der obersten Ämter in Prag ausgelassen. Im Artikel über die Vereinigung von Böhmen, Mähren und Schlesien wurde angeführt, daß es sich um eine Festigung durch

8. Der ursprüngliche Text dieses Gesuches, dass von Dr. F. Brauner ausgearbeitet wurde ist abgedruckt bei J. M. Černý, *Boj za právo* (Praha: Bursík a Kohout, 1893), S. 12-15.

9. *Ebenda*, S. 4-5.

10. J. Toužimský, *Na úsvitě nové doby* (Praha: J. R. Vilímek, 1898), S. 187-88.

„die gemeinsamen Stände dieser Länder“ handelt. Das bedeutete, daß die alten Ständetage weiter bestehen sollten. Die Liberalen sprachen aber ganz eindeutig vom einem neuen Parlament (sněm), nicht vom alten Ständetag.<sup>11</sup>

In den Tagen als der Politionsausschuß in Prag den Text der ersten Petition vorbereitet hat, ist in Wien die Revolution ausgebrochen. Ihre Erfolge, das Abtreten von Metternich und Sedlnitzki, die Aufhebung der Zensur, die Zusage der Verfassung, hatten in Prag großen Widerhall und Begeisterung hervorgerufen. Ein Beweis dieser Stimmung und des guten Willens war der Aufruf des Prager deutschen Dichters Karl Egon Ebert vom 16. März an alle Schriftsteller in Böhmen, in dem er den Vorschlag machte, daß jetzt, wo die Pressefreiheit und die Freiheit des Wortes erungen wurde, die tschechischen und deutschen Schriftsteller zusammenkommen sollten um die Bruderschaft mit einander zu schließen und über ihre gemeinsamen Schritte und ihre gemeinsame Tätigkeit auf die unteren Klassen der Bevölkerung sich zu beraten, damit diese eine richtige Anschauung auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse gewinnen. Die Schriftsteller sollten jeden Haß vermeiden und aufklärend wirken, damit die Liebe und Eintracht gestärkt wird. Darum hat er vorgeschlagen, daß sich die Schriftsteller beider Nationen am Samstag den 18. März um 4 Uhr Nachmittag im Gasthaus „Zum Erzherzog Stephan“ treffen sollen.<sup>12</sup> An dieser Sitzung nahmen von deutscher Seite Ebert, Hartmann, Meissner, Kuranda, Kreutzberg, von tschechischer Palacký, Šafařík, Havlíček, Liblinský und noch andere, teil. Es ist wahrscheinlich daß hier nur über die Grundsätze gesprochen wurde, denn zwei Tage später kam es zu einem Treffen der tschechischen Schriftsteller, die sich auf einem Aufruf einigten, der schon ganz Konkret war. Es wurde in ihm die volle Gleichberechtigung der Tschechen mit den Deutschen gefordert, ebenso wie „die Verbindung der böhmischen Kronländer mit dem österreichischen Reich im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie.“<sup>13</sup> Dabei wurde in dem Aufruf betont, daß die tschechischen Schriftsteller bestrebt sind die Eintracht zwischen dem tschechischen und deutschen Teil der Bevölkerung nicht zu stören.

Am nächsten Tag, den 21. März, trafen sich wieder die tschechischen und deutschen Schriftsteller unter dem Vorsitz von Šafařík. Die deutschen Schriftsteller stimmten mit beiden Artikeln des Aufrufes der tschechischen Schriftsteller, die Palacký, vorgelesen hat, überein. Es wurde beschlossen, daß Palacký, Havlíček, Ebert und Kuranda die letzte Redaktion des Aufrufes vornehmen sollten, welcher am 24. März als gemeinsamer Aufruf, der Prager tschechischen und deutschen Schriftsteller veröffentlicht wurde. Er wurde von fast 60 Schriftstellern unterzeichnet. Wir finden hier die Namen; Palacký, Šafařík, Tomíček, Malý, Tyl, Koubek, Mikovec, Vocel, Sabina, Hanka, Havlí-

11. Dazu Kamil Krofta, *11. března-8. dubna 1848* (Praha: 1919), S. 20-21.

12. *Ost und West*, Jg. 12, Nr. 34 (Prag, 1848), 18. März 1848, S. 135.

13. Černý, *Boj za právo*, S. 34.

ček, Tomek und von deutscher Seite Ebert, Meissner, Hartmann, Kuranda, Schopf, Glaser, Kreutzberg und andere.

Die *Leipziger Grenzboten* brachten unter dem Titel: "Einheit zwischen Deutschen und Tschechen" den Bericht aus Prag vom 24. März über den gemeinsamen Aufruf der tschechischen und deutschen Schriftsteller und führten dabei an, daß der Präsident des Guberniums Graf Rudolf Stadion den Schriftstellern für ihren gemeinsamen Vorgang in der Zeitung seinen Dank aussprach und die Bevölkerung aufgefordert hat dem Beispiel der Inteligenz zu folgen.<sup>14</sup>

Diese Stimmung fand auch ihren Ausdruck unter den Mitgliedern der deutschen Kaufmännischen Ressource, die am 18. März in die tschechische Kaufmännische Ressource kamen, ebenso wie auch die Vertreter des Adels, Graf J. Thun und Freiherr von Hildprant. Es ist wahrscheinlich, daß die Vertreter der bürgerlichen Unternehmer und die Vertreter des Adels hieher kamen, nicht nur um die nationalen Ungerechtigkeiten der vergangenen Jahre abzuschaffen, aber auch darum, daß in der Zukunft die Wohlhabenden beider Nationen, die Bourgeoisie und der Adel, im Falle eines Volksaufstandes gemeinsam handeln sollten.

Fast gleichzeitig mit diesen Äußerungen, die die Eintracht beider Völker anstrebten, kam es zu Ereignissen, die zur späteren Spaltung führten. Als am 18. März im Klementinum ein Corps der Nationalgarde mit ausschließlich tschechischem Befehl gegründet wurde, hat das bei den Vortretern der deutschen Bourgeoisie Befürchtung hervorgerufen. Der bekannte Prager Kaufmann J.B. Riedl, der auch Mitglied des Sct. Wenzel-Ausschusses war,<sup>15</sup> sprach schon am 20. März von der Gefahr einer Spaltung zwischen den Tschechen und Deutschen. Viel stärker aber war die Wirkung eines Artikels von Karel Havlíček, der am 19. März in den *Pražské noviny* veröffentlicht wurde. In diesem hat Havlíček alle treuen Tschechen in Prag und auch an anderen Orten des Landes aufgefordert die deutschen Schilder wegzunehmen und durch tschechische zu ersetzen. Der Widerhall auf diesen Artikel war unter den Deutschen so stark, daß Havlíček gezwungen war zu antworten und die Deutschen versicherte, daß es sich nicht um eine Feindschaft oder einen Kampf gegen sie handelt, wie vielleicht die erste Ansicht sein könnte. Er war nur der Meinung, daß auf Grund der Schilder Prag wie eine deutsche Stadt aussieht und das sollte nun aufhören, wenn man die Gleichberechtigung beider Nationen fordert. Nichtsdestoweniger zeigte es sich, daß das nationale Problem sehr bedeutend ist, daß die Einwohner beider Nationen sehr empfindlich auf jede Äußerung reagieren und daß ein Übereinkommen nicht leicht sein wird.

Es gab nur wenige, die in jenen Tagen die Bedeutung der Lösung des

14. *Die Grenzboten*, Nr. 13 (Leipzig, 1848), S. 603.

15. Der Sct Wenzel Ausschuss (Svatováclavský výbor) bekam seinen Namen nach dem Sct Wenzel's Bad in Prag, wo die erste öffentliche Sitzung am 11. März 1848 stattfand.

nationalen Problems für den Erfolg der Revolution in Österreich begriffen haben. Die Worte des Dr. Pongrantz, die er am 19. März den Wiener Studenten in einem politischen Flugblatt adressierte, blieben eine Ausnahme ohne größeren Widerhall. Dr. Pongrantz schrieb: "Heiliger als die Freiheit ist den Völkern die Nationalität, weil sie die erste Vorbedingung der Freiheit ist. Böhmen, Italien und Polen müssen eine möglichst selbstständige Verwaltung erhalten."<sup>16</sup>

Man kann sagen, daß jeder Tag von der Mitte März neue Vorschläge mit sich brachte. In der Zeit, wo es sich zeigte, daß es nicht leicht sein wird das nationale Problem zu lösen, konnte man feststellen, daß die Durchsetzung fast aller Forderungen auf einen starken Widerstand des Hofes stößt. Wenn wir die Antwort des Kaisers auf die erste Prager Petition lesen, so sehen wir, daß es betont wurde, die Änderungen in der Landesordnung können nur im Einverständnis mit den Ständen Böhmens und Mährens durchgeführt werden. Auf die anderen Forderungen waren sehr unbestimmte Antworten gegeben. Aus dem Kaiserlichen Handschreiben vom 23. März sieht man eindeutig, daß der Hof, nach den ersten Eingeständnissen der revolutionären Bewegung in den Tagen vom 13.-15. März, bemüht war Zeit zu gewinnen und durch die Betonung der Ständetage bestrebt war die Privilegien der Feudalherren aufrecht zu erhalten. So eine Antwort konnte in Böhmen bloß Widerstand hervorrufen.

Die Ereignisse der Märztage hatten aber so eine Schnelligkeit, daß der Hof in die Rolle eines Zuschauers kam, der die Ereignisse nicht aufhalten konnte. Es ist unzweifelhaft, daß weder der Hof, noch die Regierung in jenen Tagen die Bedeutung der revolutionären Bewegung im benachbarten Deutschland richtig eingeschätzt haben. Neben der Aufhebung feudaler Überreste, der Durchsetzung bürgerlicher Freiheiten, war die Forderung eines einheitlichen Deutschlands sehr bedeutend. Falls der Hof und die Regierung Metternich's das Auftreten der süddeutschen Demokraten im September 1847 in Offenburg und der süddeutschen Liberalen im Oktober 1847 in Heppenheim, wo man über die Forderungen eines einheitlichen Deutschlands und dessen Umgestaltung in einen bürgerlichen Staat verhandelte, für Österreich als ungefährlich einschätzten, so zeigten die Ereignisse vom März 1848, daß hier eine ganz neue Situation entstand, daß der deutsche Nationalismus, der in der Zeit der Befreiungskriege gestärkt war, jetzt noch viel stärker wurde und daß vieles von dem was in den politischen Broschüren des Vormärzes enthalten war jetzt durchgesetzt werden sollte.

Als sich am 5. März 1848 in Heidelberg die Vertreter der deutschen bürgerlichen Opposition aus allen Teilen Deutschlands trafen und einen Aufruf zum deutschen Volk veröffentlichten, in dem sie bekannt gaben, daß in der nahen

16. Marsan, *Čechové a Němci*, S. 35.

Zukunft eine Tagung der Vertreter der deutschen Nation einberufen wird, die neben anderen Angelegenheiten auch die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung vorbereiten soll, war damit ein Ereignis begonnen, welches das ganze Jahr hindurch einen großen Einfluß in der Geschichte Mitteleuropas haben sollte.

Aus Olomouc (Olmütz) kam wahrscheinlich die erste Äußerung der großdeutschen Stimmung in den böhmischen Ländern, als der dortige Magistrat am 20. März sich an den Kaiser gewendet hat und den Anschluß zum großen gemeinsamen Vaterlande forderte.<sup>17</sup>

Es ist wahrscheinlich, daß die Forderung der Bildung eines einheitlichen Deutschlands und die Gefahr, daß jetzt das durchgeführt werden könnte, was die Großdeutschen schon vor dem Jahr 1848 anstrebten, die Vertreter des Sanct Wenzel-Ausschusses dazu führte sich gegen so eine Verfassung in Österreich auszusprechen in der "über den Anschluß des österreichischen Kaisertums an Deutschland entschlossen wäre."<sup>18</sup>

Diese Befürchtungen führten die tschechischen Politiker dazu, daß sie wiederum die Wichtigkeit des historischen Rechts der Länder der böhmischen Krone betonten und sich gegen die Vereinigung "mit dem gedachten Deutschen Reich" aussprachen, die für die tschechische Nation den unvermeidlichen Tod bedeuten möchte."<sup>19</sup>

Es zeigte sich bald, daß neben diesen wichtigen politischen Problemen auch die Forderung der Gleichberechtigung beider Sprachen Konflikte hervorriefte. Das zeigte sich bereits in den Märztagen bei der Organisation der Nationalgarde. Sie sollte ein bewaffnetes Corps der Bourgeoisie zur Erhaltung der Ordnung sein und auch gegen zufällige Unruhen der Volksmassen auftreten. Nach dem Aufruf vom 25. März sollte sich jeder Abteil für das tschechische oder deutsche Kommando entscheiden. Aber schon die ersten Erfahrungen bei der Organisation der Nationalgarde zeigten, daß die Frage des Kommandos Gegensätze hervorruft. Die Künstler und Schriftsteller konnten sich bei der Organisation ihres Corps nicht einigen. Und so kam es zur Gründung von zwei Corps. Der deutsche hieß Concordia, der tschechische Svatováclavský, der später in Svornost (Eintracht) umgenannt wurde. Sein Kommandant war der Dichter Villani und das Corps betrachtete als seine Aufgabe überall und zu jeder Zeit die Interessen der tschechischen Nation zu verteidigen. Es entschloß sich für ein tschechisches Kommando und eine slavische Tracht als Uniform. Die Stimmung, die im Zusammenhang mit der Bildung der Nationalgarde war, können wir auch aus einem Flugblatt ersehen, das der tschechische Radikale, Emanuel Arnold am 25. März den lieben und

17. Josef Pfitzner, "Die Wahlen in die Frankfurter Nationalversammlung und der Sudetenraum," *Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in den Sudetenländern* [MVGDS], Jg. 78 (Brünn, 1942), S. 34-35.

18. *Květy*, Nr. 34, 18. März 1848, S. 143.

19. *Ebenda*.

teueren deutschen Brüdern in Böhmen adressierte. Er bat, daß die Einführung des tschechischen Kommandos bei den deutschen Mitbürgern nicht zum Verlust des Vertrauens führen soll. Die Deutschen sollen nicht den Tschechen dabei hindern und nicht jenen Stimmen zuhören, die das tschechisch-deutsche Verhältnis trüben wollen.<sup>20</sup> Zu diesen Stimmen gehörte auch die Wiener Zeitung *Die Constitution*, die am 27. März 1848 einen Artikel: "Die Czechen und ihre Sprache" veröffentlichte, in dem man lesen konnte, daß in Böhmen, Mähren und Schlesien geschreit wird, daß die tschechische Sprache eine Übermacht gegenüber der deutschen haben soll, weil es sich um tschechische Länder handelt. Der Autor des Artikel stellte sich gegen diese Auffassung und schrieb, daß die böhmischen Länder zur Hälfte deutsch sind.

In jenen Tagen kamen die deutschen Studenten mit dem Vorschlag bei der Feier der Zusage der Verfassung mit der schwarz-rot-goldenen Fahne des vereinten Deutschland anzutreten. Obzwar der Vorschlag von einem Studenten, der aus Dresden stammte ausgesprochen wurde, entsprach er doch der Stimmung jener Tage.

Blos die Rückkehr der Deputation aus Wien und die Unzufriedenheit mit dem Kaiserlichen Handschreiben vom 23. März führten dazu, daß Probleme eines breiteren Inhaltes auf den öffentlichen Kundgebungen besprochen wurden. Die Unzufriedenheit mit der Erledigung der ersten Petition war groß. Der deutsche Schriftsteller F.J. Schopf, der an den Kundgebungen teilnahm und die Stimmung schilderte, schrieb, daß auf der Kundgebung vom 28. März auf der Sophieninsel die Regierung, die Minister und alles scharf angegriffen wurde. Man forderte die Bildung einer Republik und sprach gegen den Adel.<sup>21</sup> Es wurde beschlossen eine neue Petition nach Wien zu senden, in der die Forderung der Bildung eines verantwortlichen Ministeriums für die böhmischen Länder und die Einberufung des Parlaments dieser Länder gefordert werden sollte. Es wurde auch nach Waffen gerufen. Die Stimmung war sehr entschlossen und zeugte davon, daß durch die formelle Erledigung der ersten Petition die Wiener Regierung und der Hof das Gegenteil erzielten. Die revolutionäre Bewegung war gestärkt worden und kam mit weiteren Forderungen. Unter jenen, die jetzt als Sprecher auftraten waren die tschechischen Liberalen die gemäßigteren, während zu den entschlossensten die deutschen Demokraten Ludwig Ruppert und Uffo Horn gehörten. Am 29. März war die zweite Petition niedergeschrieben und am 1. April war schon die Deputation in Wien. Am nächsten Tag hat sie diese dem Innenminister Baron

20. Das Flugblatt: "Liebe theuere deutschböhmischen Brüder" hat Maršan in seinen Buch, *Čechové a Němci*, S. 204, veröffentlicht.

21. F. J. Schopf, "Wahre und ausführliche Darstellung der am 11. März 1848 zur Erklärung einer Constitutionellen Regierung-Verfassung in der königlich Hauptstadt Prag begonnener Volksbewegung und der hierauf gefolgten Ereignisse, als ein Beitrag zur Geschichte, und ein Andenken an die verhängnisvolle Zeit, chronologisch verfasst. auch mit allen Urkunden, belegt," 6 vols. (Leitmeritz: Medau, 1848), I, S. 36-37.



Pillersdorff überreicht. In dieser Petition haben sich die Vertreter der politischen Bewegung in Böhmen, vor allem gegen die Erledigung der ersten Petition gestellt, insbesondere aber gegen den Entschluß der Regierung und des Hofes, daß die Genehmigung der Ständetage von Böhmen und Mähren erforderlich sei. Diese Anschauung wurde abgelehnt und es wurde betont, daß "die mittelalterliche Ordnung der gegenwärtigen Landesstände auch mit einer Zunahme der Vertreter der Städte, unausreichbar sei. . . . Nur eine Vertretung des ganzen Volkes kann das allgemeine Interesse des Landes vertreten."<sup>22</sup> Und unter den Forderungen dieser Petition wurden besonders jene hervorgehoben, wo "die Vereinigung aller zur böhmischen Krone gehörenden Länder im Rahmen ihrer Selbstverwaltung," weiter "die vollkommene Gleichstellung der tschechischen und deutschen Nationalität auf dem Gebiet des Unterrichtes und der Verwaltung in diesen Ländern" und "ein eigenes verantwortliches Ministerium für die Innenverhältnisse jener Länder und die Bildung . . . zentraler Verwaltungsämter für dieselben in Prag," gefordert wurden.<sup>23</sup> Außerdem waren noch andere Forderungen angeführt und zum Schluß wurde betont, daß man auf allen Forderungen die in der ersten Petition angeführt waren, weiter besteht. Das alles zeugt davon, daß vor allem die Staatsrechtlichen Forderungen, die Gleichstellung der tschechischen mit der deutschen Sprache und ein eigenes Ministerium für die Verwaltung der böhmischen Länder, gefordert wurden.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung in Wien waren nicht leicht. Pillersdorff war entschieden dagegen ein verantwortliches Ministerium für die böhmischen Länder zu billigen.<sup>24</sup> Es ist wahrscheinlich, daß nach den Zugeständnissen, die den Magyaren im März gemacht wurden, der Hof und die Regierung entschlossen waren keine weitere Loslösung der einzelnen Teile der Monarchie zu erlauben. Auch die Vereinigung der Länder der böhmischen Krone sollte dem kommenden Reichstag vorgelegt werden. Nichtsdestoweniger hatte das Kaiserliche Handschreiben vom 8. April 1848 die vollkommene Gleichstellung der tschechischen und deutschen Sprache in der Verwaltung und im Unterricht gebilligt, die Einberufung des böhmischen Landtages mit der möglichst breitesten Vertretung der Stadt- und Landbevölkerung zugesagt, und die Bildung der höchsten verantwortlichen Landesämter für das Königreich Böhmen in Prag beschlossen. Auch in der Erledigung der anderen Forderungen war ein Rücktritt im Vergleich mit dem Kaiserlichen Handschreiben vom 23. März zu sehen. Im 9. Artikel war angeführt worden, daß die Ämter und Gerichte nur mit jenen Personen besetzt werden sollen, die beider Landessprachen mächtig sind.

22. Černý, *Boj za právo*, S. 58-59.

23. *Ebenda*.

24. Karel Kazbunda, *České hnutí roku 1848* (Praha: Nakl. Historického klubu, 1929), S. 109.

In jenen Tagen, als die böhmische Deputation in Wien weilte, kam es dort zum ersten Ausdruck der Großdeutschen Gesinnung. Am 2. April wurde eine gewaltige Fahne des einheitlichen Deutschlands auf dem Stephansturm gehiebt. Die Studenten, die zu den agilsten Vertretern des Großdeutschen Gedankes gehörten, zogen dann zur Burg wo sie dem Kaiser eine großdeutsche Fahne übergaben, die später in einem Fenster der Burg befestigt wurde. Schwarz-rot-goldene Kokarden trugen die Nationalgarden, Studenten und auch ein Teil der Bevölkerung. Der tschechische Radikale J. V. Frič hat in seinen Erinnerungen über die Stimmung jener Tage in Wien die Worte des Wiener Schriftstellers Reschauer angeführt: "Wir alle breiteten die Arme zum Himmel aus und umarmten uns; ein Gefühl ein Gedanken war in uns. Deutschland! Deutschland! Erst Deutschland, dann Österreich!"<sup>25</sup> Diese Stimmung bemächtigte sich auch des Tiroler Dichters Adolf Pichler für den die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Stephansturm am 2. April wie ein Märchentraum war. Als er auf dem Weg zur Universität die deutsche Fahne auch auf anderen Gebäuden sah und vor allem im Fenster der Burg, hatte er ein Gefühl und einen Gedanken: Deutschland.<sup>26</sup> Und ebenso war es bei Schuselka, der erst vor einigen Tagen aus Deutschland nach Wien zurückkehrte. "Ich sah es mit tiefer Rührung und eilte, mich ebenfalls mit den heiligen Farben zu schmücken."<sup>27</sup>

Die Großdeutschen in Wien hatten es sehr eilig. Gleich den nächsten Tag, am 3. April wählten sie ihre Vertreter nach Frankfurt. Die Wiener Studenten, der akademische Senat, die Bürgerschaft, die Stände, der Literatenverein und das Polytechnische Institut wählten ihre Vertreter. Es waren unter ihnen: Schuselka, Kuranda, Giskra, Schilling, Bach, Anastasius Grün, Adrian und andere. Unter deren, die gewählt wurden herrschte nicht die gleiche Stimmung. Bach hat zum Beispiel die Wahl nicht angenommen. Als die Gewählten vor ihrer Abfahrt nach Frankfurt in die Aula der Wiener Universität kamen um sich zu verabschieden, hatte Hans Kudlich das Gefühl, daß einige keine große Freude hatten und daß die Umbestimmtheit ihrer Aufgabe auf sie ein wenig bedrückend wirkte. Andere unter ihnen die, die Reise am 5. April antraten, träumten während den schönen Traum von der Einheit und Größe Deutschlands.<sup>28</sup> Nach Frankfurt am Main kamen sie am 9. April an und das war schon zu spät. Das Vorparlament hat schon seine Tagung beendet und wählte einen Ausschluß von 50 Mitgliedern, der die Wahlen in die deutsche Nationalversammlung vorbereiten sollte.

25. Frič, *Paměti*, I, S. 425.

26. Angeführt bei August Koberg, *Hans Kudlich* (Leitmeritz: Pickert, 1923), S. 30-31.

27. Franz Schuselka, *Deutsche Fahrten*, 2 vols. (Wien: Jasper, Hügel und Manz, 1849), II, S. 66.

28. *Ebenda*, II, S. 83.

Gerade in jenen Tagen wurde in Wien der "Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität" gegründet. In seinem Vorstand waren viele Vertreter der späteren deutschen Linken in Wien. Es waren Deutsche die aus den böhmischen Ländern stammten, in Wien studiert hatten und dann schon dort blieben. So z.B. Dr. Ludwig von Löhner, Dr. Emil Rössler, Dr. Suttner u.a. Der Verein hatte ungefähr 200 Mitglieder und veranstaltete fast täglich Sitzungen. Er übte eine große Aktivität aus und es ging ihm vor allem darum auf die deutsche Bevölkerung der böhmischen Länder im Großdeutschen Geist zu wirken.<sup>29</sup> Der Fürst Clary stellte in seinem Wiener Palais in der Herrengasse dem Verein einen Raum für die Sitzungen des Ausschusses zur Verfügung ebenso wie den großen Saal für die Tagungen. Der Geist des Vereines war Dr. Ludwig von Löhner der aus Roztoky bei Prag stammte. Er studierte in Wien Medizin und machte sich dann als Arzt dort ansässig. Er gehörte schon vor der Revolution von 1848 zu den bedeutendsten Mitgliedern des Juridisch-politischen Lesevereins in Wien.

Der Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien ist vom Anfang an gegen die Forderungen der tschechischen Bourgeoisie aufgetreten, wie sie in der ersten und zweiten Petition enthalten waren. Als aus Prag die Deputation nach Wien kam, hat sich der Verein entschlossen bei der Regierung gegen die Forderungen der zweiten Petition zu protestieren. Seine Vertreter kamen aber mit dem Protest zu spät. Als sie am 9. April beim Minister Pillersdorff erschienen um ihm ihren schriftlichen Protest zu überreichen, stießen sie im Vorraum auf die Deputation aus Böhmen, die bereits das Kaiserliche Handschreiben vom 8. April in ihren Händen hatte. Es ist aber doch interessant den Standpunkt der deutschen Politiker, die aus Böhmen, Mähren und Schlesien stammten und in Wien lebten zu beurteilen. Sie waren vor allem dagegen, daß der slawische Teil der Bevölkerung im Namen des ganzen Landes sprach. Das war aber nicht vollkommen richtig. Denn bei der Ausarbeitung der Petition nahmen auch Deutsche, wie z.B. Ludwig Ruppert, Dr. J. Kliebert, Uffo Horn teil. Der Verein protestierte gegen jede Absonderung Böhmens, Mährens und Schlesiens von den übrigen österreichischen Ländern und deren Interessen, was offenbar durch das Verlangen eines eigenen verantwortlichen Ministerium in Prag beabsichtigt wird. Weiter war der Verein gegen die Einführung der tschechischen Sprache in die Volksschulen in deutschen Orten, ebenso wie gegen die Einführung der tschechischen Sprache als Unterrichtssprache in den Gymnasien und Realschulen. Er war für die Aufrechterhaltung des deutschen Elements an der Prager Universität und gegen die Forderung, daß jene Beamten in den deutschen Gebieten, die nicht tschechisch können, entlassen werden sollen. Er war dagegen, daß die Ämter nur mit Beamten besetzt werden sollen, die in den böhmischen

29. Hans Kudlich, *Rückblicke und Erinnerungen*, 3 vols. (Wien: A. Hartleben, 1873), I, S. 168.

Ländern geboren wurden. Neben diesen Protesten äußerte der Verein auch einen Wunsch, und zwar: "Wollen wir uns auch mit den übrigen österreichischen deutschen Ländern an Deutschland anschliessen."<sup>30</sup> Hans Kudlich, der ein Mitglied des Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien in Wien war und der an den Sitzungen regen Anteil nahm, schrieb in seinen Erinnerungen, daß sich die Mitglieder des Vereines am 9. April am Abend im Gasthaus "Zur Stadt Wien" trafen, wo ihre Deputation einen Bericht erstatten sollte, was sie beim Minister Pillersdorff erzielt hatte. Nach Kudlich waren auch einige Mitglieder der tschechischen Deputation anwesend. Die Deutschen haben sie gefragt, ob sie nach Frankfurt wählen werden, oder ob sie sich lieber mit Russland verbinden wollen. Die Tschechen antworteten, daß jeder Verdacht darüber, daß sie sich mit Russland verbinden wollen eine Lüge ist. Was die Wahlen nach Frankfurt anbetrifft, wurde vor ihrer Abfahrt in Prag kein Entschluß gefasst. Falls sie aber dazu gezwungen wären, dann möchten sie sich wehren. Die Deutschen reagierten sehr stürmisch darauf und sagten: "Die Tschechen sollten nicht vergessen, daß Böhmen tatsächlich schon zu Deutschland gehöre, dass wir Deutschen eine Losreißung niemals dulden, daß wir auch ohne sie nach Frankfurt wählen würden."<sup>31</sup> Kudlich war wahrscheinlich nicht davon überzeugt, was die tschechische Deputation über ihr Verhältnis zu Russland sagte. Er schrieb noch am selben Tag einen Brief in dem er die Sympathien der Tschechen zu Russland anführte und sie als Frechheit bezeichnete.<sup>32</sup>

Die russische Frage und das Verhältnis zu Russland hatten in der Revolution von 1848 eine große Bedeutung. Es waren vor allem die deutschen Demokraten und Komunisten, die in Rußland die größte Gefahr für die erfolgreiche Revolution sahen. Russland war für sie das Land des Absolutismus und der feudalen Unterdrückung. Es war ein Grundpfeiler der Heiligen Allianz, die gegen jede revolutionäre Bewegung in Europa kämpfte. Die deutschen Demokraten und Komunisten waren davon überzeugt, daß eine erfolgreiche Revolution in Mitteleuropa die Vernichtung der Grundpfeiler des verhaßten Systems der europäischen Sicherheit und zwar Russland, Österreich und Preussen fordert. Engels hat das im Jahre 1848 einigemale betont und als er im Jahre 1884 den Artikel: "Marx und die Neue Rheinische Zeitung" schrieb, hat er das politische Programm erwähnt, das sie im Jahre 1848 hatten: "Auflösung des preußischen, Zerfall des österreichischen Staates, wirkliche Einigung Deutschlands als Republik—ein anderes revolutionäres nächstes Pro-

30. Pfitzner, *Das Erwachen*, S. 370-72; Hermann Münch, *Die böhmische Tragödie: Das Schicksal Mittel-Europas im Lichte der Tschechischen Frage* (Braunschweig: G. Westermann, 1949), S. 176; Albrecht Tebaldi (Carl Beidtel), *Die Slawen im Kaiserthume Österreich* (Wien: Tendler et comp., 1848), S. 26-27.

31. Kudlich, *Rückblicke*, I, S. 170.

32. *Ebenda*, S. 179.

gramm konnten wir nicht haben. Und dies war durchzusetzen durch Krieg gegen Rußland und nur durch ihn."<sup>33</sup>

Ähnliche Anschauungen werden wir im Jahre 1848-1849 öfters begegnen. Sie beeinflussten die politischen Anschauungen jener Zeit, ohne gründlicher Kenntniss der Dinge. Ihre Autoren haben Völker und Politiker als Anhänger Russlands erklärt obzwar das nicht richtig war. Die Überzeugung, daß Österreich vernichtet werden muß um ein einheitliches Deutschland herzustellen, führte sie dazu, daß jeder der damit nicht übereinstimmte in ihren Augen gegen die Revolution war und als Konterrevolutionär bezeichnet wurde. Diese Anschauungen wurden später auch von Historikern und Publizisten übernommen, die keine gründlichere Analyse der Situation durchgeführt haben und darum ein Bild geschaffen haben, das den wirklichen Verhältnissen nicht entsprach.

Zum Protest des Wiener Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien nahm das deutsche Mitglied der Prager Deputation nach Wien Dr. J. Kliebert in der Zeitung *Bohemia* Stellung. Er befaßte sich damit, daß der Verein die Forderung ablehnte, daß jeder Beamte in den deutschen Gegenden tschechisch können sollte. Dabei führte er an, daß in den ganz tschechischen Kreisen jeder Beamte deutsch kann, während der Tscheche, der in den deutschen Gegenden Böhmens zum Gericht kommt sich tschechisch nicht verständigt. Darum war er für die Forderung, daß auch in den deutschen Gebieten die Beamten tschechisch können sollten, denn Böhmen ist die Heimat beider.<sup>34</sup> Die *Leipziger Grenzboten* brachten in der 16. Nummer den Artikel "Der Czechismus und die deutschen Befürchtungen," dessen Autor nach der Angabe der Redaktion ein Tscheche war. Er nahm zu dem Protest des deutschen Vereines vom 9. April 1848 Stellung. Er führte an, daß von deutscher Seite die tschechischen Forderungen als eine Usurpation bezeichnet werden und daß Befürchtungen über die eigene weitere Existenz bestehen. Er sagte, daß es sich doch um keine Usurpation handeln kann wenn man die Ausdehnung der Rechte auch auf den tschechischen Teil der Einwohner verlangt. Er war auch der Meinung, daß es richtig ist, wenn man verlangt, daß die Beamten beide Landesprachen beherrschen sollen. Seiner Ansicht nach ging es den Deutschen hauptsächlich darum, daß man den Tschechen bei der Erledigung ihrer Forderungen nachgebe. Er schloßte seinen Artikel damit, daß in einer Zeit wo alle ihre nationalen Forderungen durchsetzen die Politik des Wiener Vereines ein Schwimmen gegen den Strom ist.<sup>35</sup> Die Redaktion

33. Friedrich Engels, "Marx und die *Neue Rheinische Zeitung*," in Karl Marx-Friedrich Engels, *Die Revolution von 1848. Auswahl aus der "Neuen Rheinischen Zeitung"* (Berlin: Akademie-Verlag, 1949), S. 27.

34. J. Kliebert, "Offener Brief an die Bewohner Böhmens," *Bohemia*, Jg. 21, Nr. 60 und 65 (Prag, 1848).

35. *Die Grenzboten*, Nr. 16 (Leipzig, 1848), S. 83-88.

fügte eine Anmerkung zu dem Artikel bei in der sie den Autor aufgefordert hat im selben Tone sich auch an die Tschechen zu wenden und führte an, daß eine Losreißung Böhmens von Deutschland unmöglich sei, da es in der gegenwärtigen Zeit zur Vereinigung großer Massen kommt und Böhmen sich nicht isolieren kann.<sup>36</sup> Die Redaktion der *Grenzboten*, dessen Chefredakteur in jenen Tagen der Großdeutsche Ignaz Kuranda war, rechnete damit, daß die deutschen Länder Österreichs ein Teil von Deutschland werden.

Zur Zeit als die Deputation aus Böhmen mit der zweiten Petition in Wien war und als dort die ersten großdeutschen Demonstrationen ausbrachen und die Wahlen ins Frankfurter Vorparlament durchgeführt wurden, kam es auch in Böhmen zu den ersten Zwiespalten zwischen den Deutschen in Böhmen. Auf einer Seite standen die, welche eine Zusammenarbeit beider Nationen anstrebten und eine Lösung des nationalen Problems suchten, auf der anderen konnte man die ersten Ausdrücke des großdeutschen Geistes wahrnehmen, die zu einer Abneigung der Verhandlungen mit den Tschechen führten. Die ersten hatten ihren Mittelpunkt in Prag, die zweiten in Liberec (Reichenberg).

Die neu gegründete Zeitung *Constitutionelles Blatt aus Böhmen* brachte in ihrer ersten Nummer vom 2. April einen Leitartikel über ihren Standpunkt zu beiden Nationen, die Böhmen bewohnen. "Wir anerkennen die vollste Gleichberechtigung beider. Daß die eine seit zwei Jahrhunderten die niedergehaltene war ist kein Rechtsgrund ihr auch jetzt noch die gleiche Berechtigung zu versagen." In dem Falle, daß so etwas geschehen möchte, dann dürften die Völker Österreichs nicht gleiche Rechte wie andere Nationen fordern weil jetzt die Völker das Recht haben selbst sich zu äußern.<sup>37</sup> Die Redaktion war der Meinung, daß die Zeit wo die Völker ihren Willen nicht durchsetzen konnten mit dem Ausbruch der Märzrevolution beendet war. Jetzt kam es bloß auf sie an. Der Absolutismus war beseitigt worden.

Am selben Tag, den 2. April, überreichten 11 Vertreter des hohen Adels von Böhmen dem Kaiser eine Adresse in der sie angeführt haben, daß es notwendig sei in Böhmen jedes Mißtrauen abzuschaffen. Die Vertreter des Adels haben angeführt, "daß die tschechische Nation in Wirklichkeit der deutschen in Böhmen nicht gleichgestellt war,"<sup>38</sup> was sie "immer als Ungerechtigkeit angesehen haben" und führten weiter an, daß die Verordnungen der Landesordnung über die Gleichberechtigung der tschechischen und deutschen Nation in Böhmen nicht ausreichend sind. Darum forderten sie für beide Nationen die volle Gleichberechtigung, insbesondere in den Schulen und Ämtern. Ausserdem forderten sie auch die Vertretung des Bürgerstandes und die Vermehrung der bisher ungenügend vertretenen nichtadeligen Großgrund-

36. *Ebenda*.

37. *Constitutionelles Blatt aus Böhmen* [CBB] (Prag) Nr. 1, 2. April 1848, S. 1.

38. Černý, *Boj za právo*, S. 75-76.

besitzer auf dem Landtag.<sup>39</sup> Dieses Gesuch unterzeichneten: Johann Adolf Fürst Schwarzenberg, Wincenz Karl Fürst Auersperg, Fürst Schönburg, Eugen Fürst Černín, Franz Ernst Graf Harrach, Karl Fürst Paar, Wincenz Graf Bubna, Jaromír Graf Černín, H. Graf Lützow, Otakar Graf Černín.

Während man in Prag ein gemeinsames Vorgehen von beiden Seiten anstrebte, stellte sich die Reichenberger Zeitung, der *Reichenberger Wochen-Bericht* am 1. April 1848 dagegen, daß die Prager Tschechen im Namen des ganzen Landes sprachen und handelten und riefen nach der Einheit der Deutschen gegen die Czechischen Ultras.<sup>40</sup> Der Gefahr, die hier für die ganze weitere Entwicklung in den böhmischen Ländern entstehen konnte, waren sich sofort die deutschen Schriftsteller bewußt und darum haben sie am 4. April eine Erklärung veröffentlicht, in der sie darauf hingewiesen haben, daß sie um die Eintracht zwischen beiden Völkern, den Deutschen und Tschechen bestrebt sind, weil der nationale Kampf den Verlust der Freiheit, die erst vor kurzem errungen wurde, zur Folge haben könnte. Darum sahen sie es mit Mißfallen wie man in Reichenberg gegen ihre Bestrebungen vorging, wie man den nationalen Haß durch Verbreitung lügnerischer Beleidigungen gegen die Tschechen schürt. Diese Erklärung unterzeichneten Karl Egon Ebert, Alfred Meissner, Uffo Horn, Rudolf Glaser, Moritz Hartmann und andere.

Der deutsche Historiker Heinrich Jilek führte an, daß die Anschauungen der deutschen Schriftsteller aus Prag nicht mehr der Tendenz der Zeit entsprochen haben. Gegenüber der entstehenden nationalen Bewegungen mußte, seiner Meinung nach, der Versuch der Schriftsteller die Völker auf dem Boden der Literatur zu vereinigen, scheitern.<sup>41</sup> Dazu könnte man zufügen, daß es sich den deutschen Schriftstellern aus Böhmen im März und Anfang April nicht nur um eine Vereinigung auf dem Boden der Literatur gehandelt hat, aber um eine Zusammenarbeit bei der Lösung des nationalen Problems überhaupt. Heinrich Jilek hat aber gezeigt, daß der deutsche Nationalismus so eine Lösung schon damals ablehnte, da sie schon nicht mehr den Tendenzen der Zeit entsprach.

Ein Teil der deutschen Bevölkerung in Böhmen, hauptsächlich der Intelligenz, rechnete noch am Anfang April mit dem Fortbestehen Österreichs und der Ausdehnung der Rechte der böhmischen Länder. Davon zeugt auch der Artikel von Uffo Horn im *Constitutionellen Blatt aus Böhmen* vom 5. April. Uffo Horn führte hier an, daß die Gesamtmonarchie erhalten werden und der Landtag bald einberufen werden soll. Er war davon überzeugt, daß die alte Zentralisation von Österreich nach den ungarischen Ereignissen und den Zuge-

39. Ottokar Weber, "Das Kaiserliche Handschreiben vom 8. April 1848," in *MVDGB*, Jg. 56 (Prag, 1918), S. 210.

40. Pfitzner, *Die Wahlen*, S. 31.

41. Heinrich Jilek, "Zur deutsch-slawischen Verständigung im Vormärz," *Zeitschrift für Ostforschung*, Jg. 8, Heft 4 (1959), S. 569-70.

ständnissen dem ungerischen Landtag, weiter nicht bestehen kann. Was einem Teil der Monarchie eingeräumt wurde kann einem anderen nicht abgesagt werden. Der Ungar darf nach Uffo Horn in einem konstitutionellen Österreich nicht mehr Rechte haben als der Bewohner von Böhmen, der Österreicher oder Pole. Weiter befaßte er sich mit der Forderung der Prager Petition über die Vereinigung der Länder der böhmischen Krone. Er schrieb darüber, daß sich die politischen Vertreter in Böhmen, zu denen er sich auch zählte, nicht ganz sicher sind mit der Zustimmung der Mährer und Schlesier. Er betrachtete den Entschluß sich in dieser Angelegenheit direkt an den Kaiser zu wenden als ein Zeichen der politischen Reife und Klugheit. Dabei zweifelte er, daß die Regierung etwas durchführen wird, was der Landtag tun sollte, und ob sie die Vereinigung wird beschleunigen wollen. Er hatte eher Befürchtungen ob der Entschluß des Petitions-Ausschusses nicht übereilt war, und ob die Leute dadurch nicht scheu gemacht wurden.<sup>42</sup>

Uffo Horn stimmte am Anfang April mit den Forderungen der ersten und zweiten Petition überein. Diese sind aber in der späteren Entwicklung des tschechisch-deutschen Verhältnisses zum Gegenstand des stärksten Kampfes von deutscher Seite geworden. Am Anfang April stimmte ein Teil der deutschen Bevölkerung Böhmens, insbesondere der Inteligenz, mit den Forderungen der tschechischen Bourgeoisie auf das weitere Fortbestehen Österreichs überein. Österreich sollte in einen Federativstaat einzelner Länder mit eigenen Landtagen und verantwortlichen Ämtern umgestaltet werden. Sie stimmten auch mit der Forderung der Länder der böhmischen Krone überein. Es dauerte aber nicht lange und die Lage hat sich vollständig verändert. Was war der Grund dafür?

Es ist unzweifelhaft, daß die großdeutsche Gesinnung, deren Anfang wir in Böhmen in Liberec und in Mähren in Olomouc wahrnehmen konnten, zusammen mit der Agitation des Wiener Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Die politischen Vertreter der tschechischen Bourgeoisie haben entschieden eine Vereinigung der böhmischen Länder mit Deutschland abgelehnt. Obzwar es erst am 11. April zu einer klaren Formulierung ihres Standpunktes in dieser Frage kam, haben sie bereits am Anfang des Monats eine Erklärung herausgegeben, die den Mähnern und Schlesiern adressiert war. Es war nach dem Schreiben des Olmützer Magistrats an den Kaiser vom 20. März, in dem der Anschluß zum gemeinsamen Vaterland gefordert wurde. Die tschechischen Politiker haben in ihrer Erklärung angeführt, daß die Nachricht über den Anschluß Mährens an Deutschland sie schmerzhaft berührt. Sie zeigten auf die Gefahr so einer Entscheidung nicht nur für Mähren, aber auch für Böhmen und Schlesien. In ihrer Erklärung über die Nothwendigkeit des ge-

42. CBB, Nr. 3, 5. April 1848, S. 2.



meinsamen Vorgehens aller drei Länder machten sie von der Sage über Svato-pluk und seiner drei Söhne gebrauch. Seine Worte: "Sobald ihr euch trennen werdet um selbständig zu sein, werdet ihr schwach sein und überwältigt werden; solange ihr aber alle drei, zusammen mit Rat und Hilfe vereinigt bleiben werdet, werdet ihr stark sein und keine Gewalt wird auch bekämpfen können."<sup>43</sup> In dieser Erklärung wendeten sich die tschechischen Politiker zum ersten Mal an die Mährer und Schlesier mit der Aufforderung, sie sollen sich mit ihnen vereinigen. Diese Erklärung vom 30. März wurde am 7. April in der Zeitung *Národní noviny* veröffentlicht. Noch vor ihrer Veröffentlichung brachte die Olmützer Zeitung *Die neue Zeit*, am 1. April 1848 einen Artikel "Die mährisch-schlesisch-böhmischen Lande," in dem der Autor schrieb: "der Deutsche in Österreich, wenn er österreichischer Patriot ist, muß mit den anderen österreichischen Nationen wünschen, daß sein Mittelpunkt im Lande nicht ausserhalb dessen sei."<sup>44</sup> Am 8. April brachte dieselbe Zeitung eine Antwort auf diesen Artikel aus der Feder des Professors der Geschichte an der Olmützer Universität Adolf Ficker. Er schrieb: "Deutschland und Österreich sind mehr als zehn Jahrhunderte Hand in Hand mit einander gewandelt, aber was war das für ein Deutschland ohne Österreich?" Seine Antwort war: "Kein Deutschland ohne Österreich."<sup>45</sup> Und am nächsten Tag, den 9. April 1848 wehte die großdeutsche Fahne auf dem Gebäude der Olmützer Universität.

Auch in Prag kam es zu den ersten ernsten Auseinandersetzungen. Im Prager Baumgarten war zum Anlaß der Zusage der Verfassung ein Fest veranstaltet, bei dem sich einige Studenten der Universität mit den Kokarden in großdeutschen Farben schmückten. Das war der Grund der ersten Unruhen die in den folgenden Tagen auch in der Stadt, am Graben, und an der Universität ausbrachen. Es fingen die nichtösterreichisch deutschen Studenten an. Am 11. April haben sich die Prager Deutschen im Gasthaus "Der Sächsische Hof" versammelt und dagegen protestiert, daß sie die Kokarden in den großdeutschen Farben nicht tragen könnten. Sie sagten, daß das Tragen der deutschen Farben nicht eine Demonstration gegen das verbrüdete Volk der Czechen sei, sondern nur ein Bekenntnis zur deutschen Nationalität.<sup>46</sup> Sie forderten eine größere Vertretung im National-Ausschuß und die Bewilligung die großdeutschen Farben zu tragen. Dieses Gesuch entsprach aber nicht der Stimmung, den Absichten und dem Verlangen jenes Teiles der deutschen Bevölkerung Prags, der die Kokarden in den großdeutschen Farben trug. Das *Constitutionelle Blatt aus Böhmen* schrieb über diese Sitzung, daß es

43. Černý, *Boj za právo*, S. 69.

44. *Die neue Zeit* (Olmütz), 1. April 1848.

45. *Ebenda*, 8. April 1848.

46. Richard Klier, *Das Deutschtum Prags in der Vergangenheit, ein Beitrag zur sude-tendeutschen Geschichte* (Karlsbad: A. Kraft, 1936), S. 56-57.

sich nicht um das Tragen der Farben gehandelt hat aber um die Gesinnung, insbesondere um das Verhältnis Böhmens zum Deutschen Bund. Jeder Anwesende war überzeugt, daß Böhmen in ein möglichst nahes Verhältnis zu Deutschland treten müsse. Dieses Verhältnis müsste aber die freieste Entwicklung der tschechischen Nationalität garantieren und zwar auf dem Grund der Gleichberechtigung beider Nationalitäten Böhmens.<sup>47</sup> Diese Sitzung wählte einen Ausschuß der den Beschluß dem National-Ausschuß übergeben sollte. Zur gemeinsamen Tagung dieses Ausschusses mit dem National-Ausschuß kam es am 14. April. Die Diskussion war stürmisch. Der Graf Franz Thun würdigte das Tragen der großdeutschen Kokarden als Demonstration ebenso Borrosch, der sich gegen ihr Tragen aussprach weil das auf der tschechischen Seite eine Gegendemonstration hervorrufen wird. Palacký betrachtete das Tragen der großdeutschen Kokarden als politischen Ausdruck ebenso wie Graf A. Nostitz, der den Wunsch aussprach man solle von ihrem Tragen Abstand nehmen. Der Beitrag des Dichters Moritz Hartmann war wahrscheinlich der Bedeutendste. Er sprach davon, daß die Deutschböhmern jetzt nach Frankfurt schauen, wo ein neues Deutschland gebaut wird. Das führt sie dazu, daß sie ihre Farben tragen. Es thut ihnen weh, daß es in Böhmen eine Partei gibt, die eine Lostrennung von Deutschland wünscht. Seiner Meinung nach handelt es sich in der gegenwärtigen Zeit mehr als um die Nationalität um die Freiheit. Die Freiheit ist die Sonne, die Nationalität bloß eine Hauslampe. Böhmen ist die Brücke zwischen dem Westen und dem Osten wo sich zwei große Nationen die Hände reichen. "Jetzt tragen wir nach Osten die großen Früchte des Freiheit, der Bildung der Zivilisation." Das aber erfordert unsere Einheit. Falls das Tragen der schwarz-rot-goldenen Kokarden dazu führt, daß diese Eintracht gestört ist, dann beschwört er diejenigen, die diese tragen sie für eine ruhigere Zeit abzulegen.<sup>48</sup>

Der National-Ausschuß hat das Recht der Deutschen die Kokarden in den deutschen Farben zu tragen anerkannt, forderte sie aber auf jetzt von dem Tragen Abstand zu nehmen. Was die Forderung einer größeren Vertretung der Deutschen im National-Ausschuß anbelangte wurde beschlossen die Mitglieder der deutschen Deputation, die soeben mit dem National-Ausschuß verhandelte in diesen aufzunehmen. Es schien als ob das Problem gelöst wäre. Aber es war nicht so. Nach einigen Tagen hat der *Reichenberger Wochenbericht* Moritz Hartmann für sein Auftreten im National-Ausschuß als Volksverräter bezeichnet. Und viel später hat der deutsche Historiker Josef Pfitzner Hartmanns Gedankengänge als grundsätzlich verschieden von der deutschen Gedankenwelt bezeichnet.<sup>49</sup>

Gleichzeitig mit diesen Ausdrücken des großdeutschen Geistes in Olomouc,

47. CBB, Nr. 14, 16. April 1848, S. 2.

48. Pfitzner, *Das Erwachen*, S. 283-84.

49. *Ebenda*.

Liberec und Prag hörte man auch Stimmen aus der schlesischen Stadt Opava (Troppau). Am 9. April wurde auch dort die Fahne in den großdeutschen Farben gehiebt. Die Vertreter der schlesischen Stände und der Bürgermeister von Troppau Josef Rossy haben einen Protest gegen die Forderung auf eine Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens verfaßt. Darin haben sie sich zu Preussisch-Schlesien gemeldet und angeführt, daß sie mit dem von Österreich abgetretenen Preussisch-Schlesien enger an den großen deutschen Bund verbunden wären. Schlesien sieht sein Heil nur im innigsten Anschluß zum deutschen Österreich und durch dieses zum großen Vaterland, zu Deutschland.<sup>50</sup> Dr. Hein, der spätere Abgeordnete des Reichstages für Troppau wurde beauftragt diesen Protest in Wien zu überreichen. Nach Troppau folgte Krnov (Jägerndorf), wo am 12. April die deutsche Fahne gehiebt wurde und am 13. April sah man viele Kokarden in großdeutschen Farben in den Straßen von Brünn. Alles zeugte davon, daß die nächsten Tage stürmisch sein werden. Man muß aber sagen, daß nicht alle deutschen Bewohner für die Großdeutsche Lösung waren. In der ersten Hälfte April erschienen in den Zeitungen Artikel die davon zeugen. So brachte das *Constitutionelle Blatt aus Böhmen* am 12. April einen Artikel in dem es hieß, daß bestimmte deutsche Kreise in den böhmischen Ländern es gerne sehen möchten wenn von den Türmen die Fahnen in großdeutschen Farben wehen möchten, daß der Anschluß an Deutschland die Phrase des Tages ist, aber daß beides zu Unfrieden und Zerwürfniß führt. Der Autor war der Meinung, daß Österreich den Anschluß an deutsche Interessen nicht so verstehen kann, daß es "mit seinen verschiedenen Nationalitätencomplexen in Deutschland aufgehen und deutsch werden soll."<sup>51</sup>

## II

In die Stimmung in den Böhmisches Ländern am Anfang April 1848 kam überraschend die Einladung für František Palacký nach Frankfurt a. M. Es ist bekannt, daß am 5. März 1848 in Heidelberg eine Tagung 51 bedeutender Vertreter der bürgerlichen Opposition aus allen deutschen Staaten stattfand. Hier wurde beschlossen in kürzester Zeit die Vertreter der deutschen Nation einzuberufen, die die Einberufung der deutschen Nationalversammlung vorbereiten sollten. Der gewählte "Ausschuß der Sieben" wurde beauftragt die Einladungen jenen zu senden, die an der Tagung teilnehmen sollten und alles nöthige vorzubereiten, damit das so genannte "Vorparlament" alles nothwendige besprechen kann. Seine Tagung begann am 31. März 1848 mit der Zustimmung des Bundesrates.<sup>52</sup> Aus Österreich waren bloß zwei Wiesner und

50. J. Vochala, *Rok 1848 ve Slezsku a na severovýchodní Moravě* (Opava: Slezský stud. ústav, 1948), S. 19-21.

51. CBB, Nr. 10, 12. April 1848, S. 2.

52. Wilhelm Treue, *Deutsche Geschichte* (Stuttgart: Kröner, 1965), S. 550.

Bissing, anwesend. Die Tagung dauerte bis zum 3. April und es wurde beschlossen die Nationalversammlung einzuberufen. Ihre Aufgabe sollte die Ausarbeitung der Verfassung und die Wahl der zentralen Regierung des zukünftigen einheitlichen Deutschlands sein. Zu diesem Zweck hat das Vorparlament einen Ausschluß von 50 Mitgliedern gewählt, der beauftragt wurde, diesen Entschluß durchzuführen. Seine erste Aufgabe war die Wahlen in die Nationalversammlung, die nach Frankfurt a. M. einberufen werden sollte, auszu-schreiben. Auf der letzten Tagung des Vorparlaments hat der Freiherr von Closen vorgeschlagen, man soll den Fünfziger-Ausschuß um weitere 6 Vertreter aus Österreich vergrößern. Sein Vorschlag wurde angenommen, da man sah, daß die österreichischen Länder nicht genügend vertreten waren. Der Fünfziger-Ausschuß hat an seiner zweiten Tagung diese 6 weiteren Vertreter Österreichs gewählt: Schuselka, Palacký, Adrian, Alexander Bach, Schwarzer, und Schuler. Der Fünfziger-Ausschuß wählte als seinen Vorsitzenden Alexander von Soiron. Dieser teilte Palacký in einem Brief vom 6. April 1848 seine Wahl mit und hat ihn zur Teilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses nach Frankfurt a. M. eingeladen.

Die Vertreter der deutschen Nation in Frankfurt a. M. waren der Meinung, daß das zukünftige einheitliche Deutschland im Rahmen des bisherigen Deutschen Bundes hergestellt werden soll. Dieser Deutsche Bund, der nach der Niederlage Napoleons in Wien 1815 hergestellt wurde, vereinigte nach der Bundes-Acte vom 8. Juni 1815 die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands mit dem Ziel den äußeren und inneren Frieden zu sichern. Der österreichische Kaiser und der preußische König sollten diesem Bund mit allen ihren Ländern, die früher zum Heiligen römischen Reich deutscher Nation gehört haben, beitreten.<sup>53</sup> Diese Sache war aber nicht ganz klar und wurde lange zwischen Preußen und Österreich behandelt. So z.B. schrieb der preußische Kanzler Fürst Hardenberg am 5. April 1817 in einem Brief an Metternich, es sei bei einer vollen Gestaltung des Deutschen Bundes notwendig, daß Österreich und Preußen bekanntgeben, welche ihre Länder sie als einen Bestandteil des Deutschen Bundes ansehen. Preußen handelte es sich bei diesen Verhandlungen um die Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Preußen und Österreich im Deutschen Bund. Hardenberg schrieb, daß Preußen als Bestandteile des Deutschen Bundes auch Preußisch-Schlesien, die Glatz und den preußischen Teil der Ober-Lausitz anführen möchten, falls Österreich seinen Teil Schlesiens, Böhmen, und Mähren, die früher zum Heiligen römischen Reich deutscher Nation gehört haben, anmelden möchte. Erst am 6. April 1818 gab der österreichische Vertreter beim Deutschen Bund Graf Buol bekannt, welche Teile des österreichischen Staates Bestandteile des Deutschen

53. "... für ihre gesammten, vormals zum teutschen Reich gehörigen Besitzungen. ..." angeführt bei Bohumil Baxa, "Jednání o připojení země Českék německému Bundu," *Časopis českého muzea*, Jg. 80 (Praha, 1906), S. 322-23.

Bundes sind. Unter ihnen waren auch Böhmen, Mähren, und Schlesien. Die entgültige Gestaltung des Deutschen Bundes, der 34 Länder und 4 freie Städte vereinigte, wurde erst am 15. Mai 1820 in Wien, in der s.g. Wiener Schlußacte, durchgeführt.<sup>54</sup>

Auf Grund dieser diplomatischen Verhandlungen sind die böhmischen Länder ein Bestandteil des Deutschen Bundes geworden und darum rechnete man mit ihnen in Frankfurt a. M. bei der Herstellung des zukünftigen Deutschlands. Mit dieser Auffassung des zukünftigen Deutschlands hing also auch die Wahl und Einladung František Palacký's nach Frankfurt zusammen.

František Palacký nahm die Wahl nicht an, und fuhr nicht nach Frankfurt. Auf die Einladung, die ihm am 10. April überreicht wurde, antwortete er am nächsten Tag in dem bekannten Absagebrief, der ein bedeutendes Dokument der tschechischen Politik wurde. Es zeugt von Palacký's politischer Größe, daß er auf die Einladung nach einigen Stunden in einem Brief antworten konnte, der noch heute, was den Inhalt und die Form anbelangt, fast erstaunt. Es gibt wahrscheinlich in der tschechischen Politik kein zweites Dokument, welches diesem Brief in formaler Zusammenfassung, in der Tiefe seiner Analyse und Konzeption, gleichkommt. Darum wurde er auch heute noch, nach mehr als hundert Jahren, nicht bloß ein Dokument für Historiker.

Palacký führte in seinem Absagebrief einige Gründe an, die es ihm nicht ermöglichen an den Verhandlungen des Ausschusses in Frankfurt a. M. teilzunehmen. Als Ersten führte er die Aufgabe der Frankfurter Verhandlungen an, ein einheitliches Deutschland herzustellen. Anstatt des bisherigen Bundes deutscher Fürsten soll die Einheit des deutschen Volkes zustande kommen. Palacký war sich der Bedeutung dieser großen historischen Änderung, die die feudalen Staaten in Deutschland abschaffen sollte, und wie er sagte "die Macht und Stärke des deutschen Reiches vergrößern sollte," bewußt. Als Vertreter des Bürgertums, das in seiner Heimat gegen die feudalen Überreste und für die politischen Forderungen seiner Nation kämpfte, erklärte er, daß er diese deutschen Bestrebungen ehrt. Er kann aber an den Verhandlungen des Ausschusses nicht teilnehmen, da er kein Deutscher ist. Die tschechische Nation, der er angehört, ist zwar klein, aber sie zählte sich nie zum deutschen Volk und wurde auch von anderen nie zu ihm gezählt. Jahrhunderte lang existierte die Verbindung zwischen den böhmischen Ländern und Deutschland, aber es war ein Verhältnis der Fürsten beider Länder, es war ein Bund der Herrscher, aber nicht ein Bündnis beider Völker.

Palacký formulierte hier sehr genau den Grundsatz, der in der Feudalzeit der einzig mögliche war. Denn die nationale Bewegung als politische Bewegung und ihre politische Representation begann erst mit der bürgerlichen Revolution.

54. Die Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundes änderte sich mit der Zeit. Darum werden manchmal 35, anderswo 34 Länder angeführt.

Der zweite Grund, der Palacký in der Teilnahme an den Verhandlungen in Frankfurt a. M. hinderte, war seine Überzeugung, daß die Bildung eines großen, einheitlichen Deutschlands die Vernichtung Österreichs zur Folge hätte. Palacký war aber davon überzeugt, das "seine Fortbestehung als Ganzes und seine Festigung eine große und wichtige Sache nicht nur für mein Volk, sondern für ganz Europa ist und sein muß. . . ." Palacký fürchtete eine weitere Entfaltung des tsaristischen Rußlands, dessen Universalmonarchie ein "Unglück ohne Maß und Gränze" wäre. Dabei wies er darauf hin, daß in Mittel- und Südost-Europa eine ganze Reihe kleiner Nationen lebt von denen keine im Stande wäre sich für immer gegen Rußland zu wehren. Das wäre nur dann möglich, wenn diese Nationen ihre Kräfte verbinden möchten. Und eben so ein Bündnis sah er in Österreich: "Wenn es den österreichischen Staat schon seit langen Zeiten nicht gäbe, müßten wir im Interesse Europas, ja der Humanität selber, die Hand dazu legen damit er so bald als möglich entstehe." Palacký war sich dessen bewußt, daß so eine Mission Österreichs in Mitteleuropa nur dann erfüllt sein kann, wenn alle Nationen, die ein Bestandteil Österreichs sind, gleichberechtigt sein werden. Und eben bei dieser Gelegenheit hat er seine grundsätzliche Überzeugung ausgesprochen: "Das Recht der Völker ist ein wirkliches Naturrecht; keine Nation auf dieser Erde hat das Recht von ihrem Nachbarn zu fordern er solle sich zu ihrem Gunsten selbst opfern. Die Natur kennt weder herrschende noch dienende Nationen." Bei dieser Gelegenheit erklärte Palacký, daß jenes Bündnis, welches verschiedene Völker in eine politische Einheit verbinden wird, nur dann Stark und Dauernhaft sein wird, wenn keines von ihnen den Grund haben wird sich zu fürchten, daß es durch dieses Bündnis zu einem Schaden kam aber im Gegenteil die Hoffnung haben wird, daß es in diesem Bündnis Schutz und Wehr finden wird. Palacký war davon überzeugt, daß eben die Bildung eines großen, einheitlichen Deutschlands im Widerspruch mit dieser Auffassung ist. Denn es führt zur Vernichtung Österreichs, daß eben seiner Meinung nach, jener Staat sein soll, in dem die kleinen Nationen Mitteleuropas auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung ihre Existenz bewähren könnten.

Der dritte Grund, der Palacký hinderte an den Verhandlungen in Frankfurt a. M. teilzunehmen war der, daß er den Erfolg der deutschen Revolution nur dann für möglich hielt, wenn sie in Deutschland die Republik proklamieren wird. Er war sich dessen bewußt, daß die einzelnen feudalen Herrscher der deutschen Staaten mit allen ihren Kräften die Bildung eines einheitlichen bürgerlichen Deutschlands vermeiden werden. Falls die Frankfurter Nationalversammlung nicht genügend Macht haben wird um die deutsche Republik zu proklamieren, dann hielt er "alle bisherigen Vorschläge dem deutschen Reich eine neue Verfassung auf Grund des Volkswillens zu geben" als unmöglich. Palacký wollte sich nicht zur Bedeutung der Bildung der Republik in Deutschland äußern, aber für Österreich hat er sie abgelehnt. Er war davon überzeugt, daß sie zur Aufteilung des Staates in einige kleine Republiken führen möchte,

die zu letzt zum Untergang Österreichs führen würden.

Zum Schluß fügte Palacký seine Meinung in dem Sinne zusammen, daß jener der von Österreich und Böhmen fordert sie sollten sich dem Deutschen Reiche anschließen, von ihnen den Selbstmord verlangt. Er betrachtete als einzig annehmbar, daß beide Staaten, Österreich und das neu entstandene Deutschland nebeneinander als zwei gleichberechtigte Staaten bestehen, die miteinander ein Schutzbündnis uns wenn es sich vorteilhaft zeigen möchte auch eine Zollunion schließen könnten.<sup>55</sup>

Wenn wir Palacký's Gründe seiner Absage der Teilnahme in Frankfurt a. M. zusammenfügen so sehen wir, daß er den Anschluß an Deutschland für Österreich und Böhmen als ihr Ende betrachtete. Er war davon überzeugt, daß sie im Rahmen eines großen, einheitlichen Deutschlands aufgehen möchten. Was Böhmen anbelangt, hing seine Absage auch damit zusammen, daß die Tschechen nicht Deutsche sind und in ein einheitliches, nationales Deutschland nicht gehören.

Palacký war weiter davon überzeugt, daß die kleinen Nationen Mitteleuropas sich nur dann selbstständig erhalten können, wenn sie in Mitteleuropa einen föderativen Staat gleichberechtigter Völker bilden werden, der für sie ein genügend großes Bollwerk gegen die Entfaltung Russland wäre.

Palacký's negative Stellung zur Bildung einer Republik in Österreich hängt meiner Meinung nach, nicht nur mit seiner Besorgnis zusammen, daß die kleinen, neu entstandenen Republiken, ein leichtes Opfer Rußland's werden möchten, aber hauptsächlich mit der Sorge, daß bei der Bildung der Republik in Österreich es zu einer Stärkung der politischen Macht der deutschen Bourgeoisie kommen möchte. Einer ihrer Teile, der sich zum großdeutschen Programm meldete, war aber die Größte Gefahr für die weitere Fortbestehung Österreichs. Diese Auffassung führte Palacký zur Entscheidung, die er zwar im Absagebrief nicht angeführt hat, aber in der Praxis durchführte, daß es in dieser politischen Lage notwendig ist Verbündete zu suchen, die Österreich erhalten wollen und nicht es zu vernichten. Diese Verbündeten sah er im Adel und beim Hof. Es entstand so ein merkwürdiges politisches Bündnis, das sich nicht bewährte. Palacký hatte aber doch ein Muster dessen gesehen und zwar in England, wo es existierte. Palacký's Absagebrief vom 11. April 1848 war die erste klare Konzeption der tschechischen liberalen bürgerlichen Politik im Verhältnis zu Deutschland und zu Österreich. Er war aber auch eine wichtige Auffassung des Problems der europäischen Sicherheit, insbesondere von Mittel- und Südost-Europa. Palacký war sich dessen bewußt, daß die kleinen Nationen in Mittel- und Südost-Europa sich zwischen einem großen, einheitlichen Deutschland und Rußland, werden nicht erhalten können, wenn sie nicht ein großes Staatsgebilde schaffen werden. Dieses konnte nur die Form

55. František Palacký, *Radhost*, 3 vols. (Přaha: Nakl. B. Tempského, 1871-73), III, S. 10-17.

eines föderativen Staates gleichberechtigter Nationen haben. Darum betrachtete er die Fortbestehung Österreichs als notwendig, nicht nur für jene Nationen, die es bildeten, aber auch für die europäische Sicherheit. Diese Auffassung war eine der bedeutendsten in der europäischen Politik. Sie wurde aber nie durchgesetzt und das bedeutete das Auflösen Österreichs als europäische Macht. Die spätere Entwicklung bestätigte Palacký's Worte, daß die kleinen Nationen Mitteleuropas nicht im Stande sein werden für immer ihre Selbstständigkeit zwischen einem großen Deutschland und Rußland zu erhalten.

Wenige erkannten im Jahre 1848 die wirkliche Tragweite Palacký's Auffassung. Dazu führte auch ihre Kritik von deutscher Seite bei.

Der Widerhall, den Palacký's Absagebrief hervorrief war groß. Mit dem Inhalt des Absagebriefes befasste sich der Frankfurter Ausschuß. Da er aber veröffentlicht wurde, war er auch zum Gegenstand vieler Zeitungsartikel und öffentlicher Antworten geworden. Als Erster antwortete Palacký der deutsche Dichter aus Böhmen Alfred Meissner. In seinem Brief an František Palacký, den er am 15. April schrieb und der am 18. April im *Constitutionellen Blatt aus Böhmen* veröffentlicht wurde, stellte sich Meissner entschieden gegen Palacký's Auffassung, Österreich müsse erhalten bleiben und soll neben Deutschland als selbständiger und gleichberechtigter Staat existieren. Er bezeichnete Palacký's Standpunkt direkt als eine Beleidigung der Deutschen in Österreich. Seiner Meinung nach zeigten die Fahnen in großdeutschen Farben auf den Türmen von Wien und die Kokarden in großdeutschen Farben an den Brüsten der Deutschen in Österreich, daß sich die Deutschen vereinten und "dass es für alle Zukunft kein deutsches Oesterreich neben Deutschland, sondern nur eines in Deutschland geben könne."<sup>56</sup> Meissner hielt es für notwendig in diesem Zusammenhang zu erklären, daß "das deutsche Oesterreich wird und muss in Deutschland aufgehen."<sup>57</sup> Er schrieb, daß alles was sie bis jetzt erlebt und gesehen haben von dem Untergang des kaiserlichen Österreich zeugt. Italien ist fast verloren, Ungarn und Böhmen schreiten Schritt nach Schritt zur Herstellung ihrer Selbstständigkeit. Und so wird die Zentralmacht in Wien bald nur dem Namen nach bestehen. Nach Meissner beginnt ein neues Zeitalter der Geschichte in dem sich die Völker nach dem Naturrecht ihrer Nationalität vereinigen werden.

Meissner war davon überzeugt, daß die böhmischen Länder im Interesse ihrer eigenen Freiheit sich an das freie Deutschland anschließen müssen, insofern ihnen dieses Deutschland ihre Freiheit sichern kann. Er schrieb: "Böhmen von Deutschland trennen, heißt dem Lande alle Adern des Lebens unterbinden und den Bürgerkrieg zwischen der deutschen und tschechischen Bevölkerung hervorrufen."<sup>58</sup> Am Ende seiner Antwort wendete sich Meissner

56. CBB, Nr. 15, 18. April 1848, S. 1.

57. Ebenda.

58. Ebenda.



an Palacký: "Polen muß wiederhergestellt werden, Rußland muß nach Asien verjagt werden, Deutschland, und zwar das ganze Deutschland, muß in eine Einheit umgeschmiedet werden. Solange das nicht geschehen wird, werde es in Europa keine Ruhe geben. Sie haben ein scharfes Auge für das was war, für die Geschichte. Sehen sie aber ebenso klar das was sein wird, die Zukunft? Ich hoffe, daß nicht."<sup>59</sup> Das was Meissner am Ende seiner Antwort an Palacký schrieb, war im Grunde das Programm der deutschen Linken in der Revolution von 1848. Nichts davon wurde in der Revolution 1848 verwirklicht. Weder die Wiederherstellung Polens, noch das Verjagen Rußlands nach Asien oder die Herstellung eines einheitlichen, großen Deutschlands.

Einen Tag nach der Veröffentlichung Meissner's Brief an František Palacký brachte das *Constitutionelle Blatt aus Böhmen* den Aufsatz von Anton Springer: "Böhmen und das Frankfurter Parlament." Springer war der Meinung, daß es die Aufgabe des Frankfurter Parlaments sein wird Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat umzugestalten, in dem die einzelnen Staaten ihre verhältnismäßige Selbstständigkeit behaupten werden. Sie werden bloß jene ihrer souveränen Rechte zum Gunsten der Zentralmacht aufgeben, die mit den internationalen Beziehungen und der Vertretung Deutschlands im Ausland zusammenhängen und jene Rechte, die eine wirtschaftliche Stärkung innerhalb Deutschlands zur Folge haben werden. Und das alles ist nach Springer nicht im Gegensatz mit dem nationalen Interesse der Tschechen. Er hatte dabei an die Schweiz gedacht, wo sich verschiedene Nationen nebeneinander entwickeln. "Es versteht sich von selbst, daß wenn das deutsche Parlament es auf eine absolute Herrschaft des Deutschthums absehen wurde, die Čechen sich an dasselbe nicht anschließen können, nicht anschließen dürfen."<sup>60</sup> Springer war der Meinung, daß eine Absage des Anschlusses an Deutschland nothwendig zu einer Lostrennung von den deutschen Teilen Österreichs führen muß, da diese sehnstuchtsvoll die deutsche Nationalversammlung ansehen. Darum war nach seiner Meinung nicht der Gegensatz entweder Österreich oder Deutschland, sondern entweder österreich-deutsch oder selbständig wie Ungarn. Im Falle, daß sich die Völker für den letztgenannten Weg entschließen möchten, dann möchten isolierte Länder entstehen, die eben eine leichte Beute Rußland's werden könnten. Das wären dann jene kleinen Republiken von denen Palacký sprach.<sup>61</sup>

Damals hatte Springer noch volles Vertrauen an das deutsche Parlament. Für ihn war es eine Bürgschaft der Freiheit für die Mitteleuropäischen Nationen und deswegen war er für den Anschluß an Deutschland. Er selbst erklärte, daß er den Widerstand gegen dieses als gerechtfertigt halten möchte, falls

59. *Ebenda*

60. *Ebenda*, Nr. 16, 19. April 1848, S. 1-2.

61. Springer spricht in diesem Zusammenhang von Palacký: "ein hochgeehrter Gelehrte."

dadurch die Nationalität oder politische Freiheit gefährdet werden sollte. In so einem Falle mußte, nach Springer, jeder deutsche Patriot gegen diese deutsche Politik kämpfen.

Im Gegenteil zu vielen Zeitgenossen, die Palacký's Auffassung ausgesprochen verurteilten, versuchte Springer Palacký's Ansichten durch den fortschrittlichen Charakter des Frankfurter Parlaments zu widerlegen. Er selbst aber gab zu, wenn das alles zu einer absoluten Macht der Deutschen führen sollte, der Widerstand der Tschechen gerechtfertigt wäre. Einen Tag nach der Veröffentlichung des Aufsatzes von Anton Springer, brachten die Prager deutschen Zeitungen die ersten Nachrichten des Widerhalls auf Palacký's Absagebrief in der Wiener Presse. Sie teilten mit, daß er entschieden negativ war. Der Wiener Korrespondent des *Constitutionellen Blattes aus Böhmen* schrieb davon, daß die Wahlen in das Frankfurter Parlament auch in Böhmen durchgeführt werden müssen, auch wenn ein Abgeordneter nur von tausend Wählern anstatt 50.000 gewählt wäre. Seinen Aufsatz endete er mit dem Aufruf: "Auf zu den Wahlen nach Frankfurt."<sup>62</sup> Den selben Tag brachte die Zeitung auch das offene Schreiben an seine Landsleute von dem Professor der Universität in Krakau Dr. Franz Makowiczka. Er stammte aus Böhmen und wollte Böhmen in der Nationalversammlung in Frankfurt vertreten. In dem offenen Brief hat er seinen Landsleuten seine Dienste angeboten und schrieb davon, daß Böhmen mit Deutschland untrennbar verbunden ist, daß acht Jahrhunderte lang die böhmischen Herrscher an der Wahl der deutschen Kaiser teilgenommen haben, daß im Jahre 1708 Josef I. Böhmen als Reichsgebiet erklärt hat und daß es vom Jahre 1815 ein Bestandteil des Deutschen Bundes ist. Nach seiner Meinung erfordern die geistigen, wirtschaftlichen und politischen Interessen daß dieses Bündnis weiter bestehe. Außerdem besteht noch die Gefahr Rußlands. Falls Europa nicht seine Freiheit verlieren, die Zivilisation nicht unterdrückt werden soll, dann ist es notwendig daß sich Österreich und mit ihm auch Böhmen an Deutschland so eng als möglich anschließen.<sup>63</sup>

Auch der spätere Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Heinrich Reitter aus Böhmen nahm zu Palacký's Absagebrief in einem Aufsatz der Prager Zeitung Stellung. Er hat Palacký vorgeworfen, daß er durch sein Vorgehen unwissend, ohne es gewollt zu haben, in Wirklichkeit die Bestrebungen jener Fraktionen der slawischen Politiker unterstützt, die Österreich von Deutschland trennen wollen um dann aus Österreich einen slawischen Staat zu bilden.<sup>64</sup> Reitter hat in seinem Aufsatz dem Frankfurter Vorparlament die Wahl Palacký's vorgeworfen, da seiner Meinung nach "die

62. CBB, Nr. 17, 20 April 1848, S. 2.

63. Ebenda, Beilage, S. 1.

64. Prager Zeitung, Nr. 62, 18 April 1848, S. 1078.

deutsche Frage in Österreich nicht eine Sache der Wissenschaft sondern des Bewußtseins ist."<sup>65</sup> Auch ein anderer bedeutender deutsche Politiker aus Böhmen W. Z. Ressel antwortete Palacký am 28. April in der *Prager Zeitung*. Er schrieb von der Isolierung Böhmens inmitten Deutschlands, da der deutsche Theil der böhmischen Bevölkerung sich nie dazu entschließen wird, sich von seinen deutschen Brüdern zu trennen.<sup>66</sup>

Es dauerte nicht lange und eine der angesehensten deutschen Zeitungen, die Allgemeine Zeitung aus Augsburg brachte einen Aufsatz: "Eine deutsche Antwort an den Slawen Palazky." Sin Autor schrieb: "... so könnte der deutsche Bund ein Losreißen Böhmens dennoch nicht dulden."<sup>67</sup> Er führte einige Gründe an. Böhmen möchte sich, seiner Meinung nach, durch die Trennung von Deutschland wirtschaftlich vernichten. "Böhmen ist seiner Natur und geographischen Lage nach ein wesentlicher Bestandteil Deutschlands. ..."<sup>68</sup> Die Deutschen in Böhmen wollen nichts davon hören ein Bestandteil eines slawischen Staates zu werden. Ihre Sympathien und Interessen führen sie zu ihren deutschen Brüdern im Westen, Süden, und Norden. Die Lostrennung Böhmens vom Deutschen Bund möchte für die dortige deutsche Bevölkerung ihre Auslieferung den Tschechen auf Gnade und Ungnade bedeuten, die ihren slawischen Fanatismus mit dem Haß gegen die Deutschen verbinden. Falls sich ein tschechischer Staat bilden möchte, dann hätte Deutschland in seinem leib einen Keil, der ihm den Tod bringen könnte. Der Autor schrieb davon, daß die Deutschen den Tschechen alle Bürgschaften der Erhaltung ihrer Nationalität und die volle Gleichberechtigung mit den Deutschen anbieten. Die Tschechen, die von allen Seiten von Deutschen umschlossen sind, müssen den Gedanken aufgeben, ihren eigenen Staat zu bilden. Sie können sich in ihrer politischen Entwicklung von Deutschland nicht trennen, ebenso wie sich ein Planet von seiner Sonne nicht trennen kann.<sup>69</sup>

Auch der *Reichenberger Wochenbericht* brachte am 27. Mai die Antwort des deutschen Publizisten Wagner an Palacký. Wagner verteidigte die Großdeutsche Auffassung. Er schrieb davon, daß durch die Vereinigung Deutschlands ein Staat von 50 Millionen Einwohnern entstehen wird, der eine entscheidende Rolle in der europäischen Politik spielen wird. Er fügte hinzu, daß die Deutschen ein historisches Recht auf Böhmen haben, da sie seine ursprüngliche Bevölkerung bildeten. Jetzt sind sie zwar Zahlenmäßig hinter den Tschechen, aber sie sind ihnen geistig und wirtschaftlich überlegen.<sup>70</sup>

65. *Ebenda*.

66. *Ebenda*, Nr. 66, 28 April 1948, S. 1165-66.

67. *Allgemeine Augsburger Zeitung*, Nr. 123, Beilage vom 2. Mai.

68. *Ebenda*.

69. *Ebenda*.

70. *Reichenberger Wochenbericht*, Nr. 10, 3. Juni 1848, S. 86. Angeführt bei Josef Belda, *Liberec v revolučním roce 1848* (Liberec: Krajské nakl., 1959), S. 101-02.

Es ist unzweifelhaft, daß die Ansichten der deutschen Politiker und Publizisten auf die Beziehungen des einheitlichen Deutschlands zu den kleinen Nationen Mitteleuropas und auch den Tschechen, verschieden waren. Es gab einige, die davon sprachen, daß das einheitliche Deutschland den Tschechen ihre volle Gleichberechtigung gewähren muß. Der Großteil war aber davon überzeugt, daß die nichtdeutschen Nationen sich der historischen Nothwendigkeit werden unterziehen müssen und der Bildung eines großen Deutschlands werden nicht verhindern können. Dieser Gedanke wurde offen von dem Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung für Tirol Hans von Perthaler vertreten. Er sprach davon, daß das deutsche Volk das Recht hat in seinen Machtbereich alle kleinen Völker Österreichs, die keine Rechtfertigung zur politischen Selbständigkeit haben, einzubeziehen. Seiner Meinung nach dürfte sich die deutsche Politik nicht mit dem ethnographischen Begriff Deutschlands zufriedenstellen, aber darum bestreben, daß Deutschland eng an Frankreich und Rußland grenze. Die zwischen dieser Linie liegenden Völker können ein eingenthümliches nationales Leben nur unter dem Einfluß des deutschen Volkes führen.<sup>71</sup> In Mitteleuropa kann nur eine Politik betrieben werden, und zwar die Deutsche, weil die Deutschen die einzige mächtige Nation in Mitteleuropa sind.<sup>72</sup>

Solche Anschauungen rechtfertigten voll Palacký's Stellung, mit der sich die Presse stets noch beschäftigte. Die *Allgemeine Zeitung* aus Augsburg schrieb, daß man Besorgnis davon haben muß, daß Palacký's Auffassung von einem selbständigen Österreich neben Deutschland in Wien einen Widerhall finden könne, da dort Befürchtungen bestehen, daß Österreich Deutschland unterstehen könnte. Die Wiener Korrespondenten dieses Blattes schrieben davon, daß zu einer Änderung der Meinung auf die innigste Bindung Österreichs an Deutschland auch Palacký's Absagebrief nach Frankfurt beigetragen hat.<sup>73</sup>

Der Großteil der deutschen Presse, der deutschen Politiker, insbesondere der Linken, war eindeutig für ein großes, einheitliches Deutschland, dessen Bestandteil auch Österreich und die böhmischen Länder sein sollten. Wir werden noch die Möglichkeit haben es weiter zu verfolgen.

Es ist notwendig zu sagen, daß die Beziehung der böhmischen Länder zu Deutschland auch bei den tschechischen Radikalen nicht ohne Widerhall blieb. Palacký war hier nicht nur der Sprecher der Liberalen. Die Stimmung in Böhmen hat J. V. Frič gut erfaßt, als er schrieb, daß Palacký "das ganze Volk auf seiner Seite hatte," als er seine Teilnahme an den Verhandlungen in Frankfurt absagte.<sup>74</sup>

71. Angeführt bei Wilhelm Schüssler, *Die nationale Politik der österreichischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament* (Berlin: 1913), S. 30.

72. Münch, *Die böhmische Tragödie*, S. 161.

73. Hans Landes, *Die Tschechen und die deutsche Frage* (Erlangen: Palm & Enke, 1938), S. 110.

74. Frič, *Paměti*, II, S. 22-23.

Palacký's Absagebrief vom 11. April 1848 hatte eine große Bedeutung und die historische Wissenschaft kehrte zu ihm oft zurück. Die tschechische sah in ihm eines der bedeutendsten Dokumente der tschechischen Politik überhaupt. Aber auch die ausländische Wissenschaft konnte seinen Wert schätzen. Robert A. Kann schrieb, daß es eines der bedeutendsten Dokumente der Nationalitätenfrage in Österreich ist "dessen Bedeutung schwer überschätzt werden kann."<sup>75</sup> T. G. Masaryk war auch von der Richtigkeit Palacký's Vorgang in der Absage der Teilnahme an den Verhandlungen in Frankfurt überzeugt. Zur seiner Überzeugung trug die Äußerung des Vorsitzenden der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Heinrich von Gagern bei, welcher sagte, daß alle Nationen im Donauraum, die weder das Recht, noch die Rechtfertigung zur Selbständigkeit haben, als Trabanten in das deutsche Planetensystem einbezogen werden müssen.<sup>76</sup> Diese Erklärung einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Nationalversammlung und des revolutionären Deutschlands war für Masaryk ein Beweis dessen, daß "die nationale Herrscherlust der Deutschen die Gleichberechtigung der nichtdeutschen Nationen nicht anerkennen konnte."<sup>77</sup>

Betrachten wir nun die Schätzung der deutschen Historiker. Josef Pfitzner, der sich in vielen seiner Arbeiten mit der nationalen Frage des Jahres 1848 beschäftigte, stimmte in seinem umfangreichen Buch *Das Erwachen der Sudetendeutschen in Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848* mit Palacký überein und schrieb: "Daß sich das tschechische, zumal national erwachte Volk in einen national geeinten Deutschland höchst unglücklich gefühlt hätte, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich daher, daß es sich ihm nicht anschloß. . . ."<sup>78</sup> Pfitzner stimmte mit Palacký überein, daß das tschechische Volk sich nie als ein deutsches bezeichnete und auch von anderen nicht als deutsches bezeichnet wurde. Das selbe Recht, welches die Tschechen für sich forderten, verlangte er aber auch für die Deutschen aus Böhmen. Auch sie haben sich nie als Tschechen bezeichnet. Falls Palacký für die Tschechen das Naturrecht in Anspruch nahm, dann sollten auch die Deutschen aus Böhmen dasselbe haben. Und sie haben sich für Deutschland entschieden."<sup>79</sup>

Pfitzner hat hier das niedergeschrieben, was viele Jahre später ein anderer deutscher Historiker aus Böhmen, Eugen Lemberg, theoretisch zu deuten bestrebt war. In seiner Arbeit über den Nationalismus schrieb er, daß dort wo es zur Bildung eines Nationalstaates kam, die Bevölkerung der benachbarten Nationalitätenstaaten, die sich als Bestandteil der Nation fühlten, die dem neuen

75. Robert A. Kann, *The Multinational Empire: Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy*, 2 vols. (New York: Octagon Books, 1964), I, S. 177.

76. T. G. Masaryk, *Česka otázka* (Praha: Cin, 1948), S. 89.

77. *Ebenda*.

78. Pfitzner, *Das Erwachen*, S. 374-75.

79. *Ebenda*.

Staat seinem Namen gab diesen Staat als Erfüllung ihrer nationalstaatlichen Ideale betrachteten. Diese Bevölkerung sehnte sich danach mit ihm sich zu verbinden. Und dadurch entstand ein typisches Beispiel der Irridenta.<sup>80</sup> Auch wenn Lemberg als Beispiel andere Zeiterreignisse gebraucht hat, so entsprechen dem auch jene des Jahres 1848.

Zu jenen deutschen Historikern, die sich gegen Palacký gestellt haben, gehört Rudolf Schreiber. Seiner Meinung nach hatte Palacký nicht das Recht für ganz Böhmen zu sprechen und auch nicht gegen die Teilnahme der österreichischen Länder an den Verhandlungen in Frankfurt a. M. Schreiber schrieb, daß Palacký davon wissen mußte, daß seine Entscheidung für diese unannehmbar sei.<sup>81</sup> Schreiber's Äußerung überrascht ein wenig. Wir wissen daß Palacký nur im eigenen Namen handelte und seine eigene Anschauung äußerte. Er verteidigte eine Auffassung und dazu hatte auch das Recht. Daß es sich dabei um eine bedeutende Auffassung handelte haben viele deutsche Historiker begriffen. Hans Raupach schrieb davon, daß Palacký's Absagebrief hervorragend stilisiert war und daß in ihm klar geäußert wurde, daß das Prinzip des Nationalstaates mit der Zugehörigkeit fremder nationaler Gruppen zu ihm unverträglich ist.<sup>82</sup>

Die große Bedeutung Palacký's Absagebrief hat Max Mehringer betont als er anführte, daß damals der Austroslawismus als politische Auffassung hervortrat die Österreich gegen jene die es verließen und nach Deutschland blickten, erhalten wollte.<sup>83</sup>

Nach dem zweiten Weltkrieg und so vielen Änderungen zu denen es in Mitteleuropa gekommen ist, haben viele Historiker wieder Palacký's Absagebrief und seine Auffassung aus dem Jahre 1848 zum Gegenstand ihrer Forschung gemacht. Der amerikanische Historiker Hans Kohn schrieb davon, daß Palacký damals sehr klar auf die Nothwendigkeit einer föderalistischen Lösung in Mitteleuropa und gegen die Bildung nationaler Staaten hingewiesen hat. Kohn betonte, daß Palacký gegen die großdeutsche Auffassung jene eines großen föderativen Österreich's der gleichberechtigten Nationen gestellt hat. Das was er damals befürchtete geschah nach fast hundert Jahren.<sup>84</sup> Und das war wahrscheinlich auch der Grund für Emil Franzel als er schrieb, daß Palacký's Absagebrief ein Dokument von größter Bedeutung ist, das weit die Gründe über-

80. Eugen Lemberg, *Nationalismus*, 2 vols. (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1964), I, S. 183-84.

81. Rudolf Schreiber, "Die politische Entwicklung und Bedeutung der Sudetenländer," in *Die Deutschen in Böhmen und Mähren*, Herausgegeben von Helmut Preidel (Gräffelfing bei München: E. Gans, 1952), S. 82-83.

82. Hans Raupach, *Der tschechische Frühnationalismus* (Essen: Essener Verlagsanstalt, 1939), S. 105.

83. *Ebenda*.

84. Hans Kohn, *Pan-Slavism: Its History and Ideology* (New York: Vintage Books, 1960), S. 80.

schreitet für die er geschrieben wurde. Seiner Meinung nach hatten beide Weltkriege ihren Anfang im Kampf der Großmächte um den Donaauraum, Im Jahre 1914 war es die Frage der Südslawen, im Jahre 1939 die böhmische Frage. Franzel kam zur Schlußfolgerung, daß der einzige Weg zur Herstellung der Stabilität die föderalistische Verbindung vieler kleiner Nationen zu ihrer Wehr gegen die imperialistischen Bestrebungen ihrer großen Nachbarn war.<sup>85</sup> Damit gab er Palacký's Auffassung aus dem Jahre 1848 vollkommen Recht. Noch klarer betonte den Zusammenhang Palacký's Auffassung aus dem Jahre 1848 und Europa nach dem zweiten Weltkrieg Karl Anton Rohan. Auch er war von der europäischen Bedeutung der Existenz Österreich's überzeugt und unterstrich, daß auch Bismarck den selben Standpunkt wie Palacký vertrat. Rohan ging so weit, daß er die Lösung des mitteleuropäischen Problems auf föderalistischer Grundlage als Voraussetzung der europäischen Integrität betrachtete.<sup>86</sup>

Bismarck sagte im Jahre 1879: "Böhmen in der Hand der Russen, das wäre unsere Erledigung; Böhmen in unserer Hand, das wäre der Krieg ohne Gnade und ohne Rast mit dem Zarenreich. Sie sehen es ist unser Lebensbedürfnis, dass Österreich lebe."<sup>87</sup> Mit dieser Ansicht beschäftigten sich nach dem zweiten Weltkrieg und den neu entstandenen Verhältnissen in Mitteleuropa Rohan, Franzel, und Kühn. Dieser betrachtete die Lösung nach dem zweiten Weltkrieg als Diletantismus der Angelsachsen, die Böhmen "die Zitadelle Europas den Russen überließen."<sup>88</sup>

Kehren wir nun zu den Verhältnissen nach Palacký's Absagebrief zurück. Er hatte seinen. Inhalt in der Sitzung des National-Ausschußes in Prag am 13. April vorgelesen. Der National-Ausschuß stimmte dem Inhalt zu. Aber einige Tage später haben die deutschen Mitglieder den National-Ausschuß verlassen. Eben in jenen Tagen kam es zu einer großen Aktivität der Deutschen. Viele Historiker waren der Meinung, daß es sich bei der Auseinandertretung der Deutschen mit den Tschechen im Jahre 1848 im Grunde um zwei Sachen handelte. Die einen waren der Meinung es war das kaiserliche Handschreiben vom 8. April.<sup>89</sup> Also die Erfüllung bestimmter tschechischer Forderungen, vor allem die Bildung zentraler Behörden für die böhmischen Länder in Prag und die Nationale Gleichberechtigung. Die anderen meinten es war Palacký's Absagebrief nach Frankfurt. Es ist schwer einer dieser Meinungen Recht zu

85. Emil Franzel, *Der Donaauraum im Zeitalter des Nationalitätenprinzip* (1789-1918) (Bern: Francke Verlag, 1958), S. 15.

86. Karl Anton Rohan, "Österreichische Frage und Einigung Europas," *Aussenpolitik* [A], Jg. 4 (Stuttgart, 1953), S. 426.

87. Angeführt bei Franzel, "Der Donaauraum," S. 13.

88. Johannes Kühn, "Böhmen in Mitteleuropa-Böhmen in der Welt," *A*, Jg. 4 (1953), S. 426.

89. Fritz Hauptmann, *Die staatsrechtlichen Bestrebungen der Deutschböhmen 1848/49* (Komotau: Deutsche Volksbuchhandlung, 1926), S. 36.

geben. Es ist unzweifelhaft, daß die Entfaltung der nationalen Bewegung beider Nationen, der Deutschen ebenso wie der Tschechen im März und April 1848 zur Durchsetzung von Forderungen geführt hat, durch welche sich die andere Bewegung gefährdet fühlte und sich darum gegen diese Forderungen stellte. Während des ganzen Jahres war die politische Aktivität auf beiden Seiten groß. Der Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren, und Schlesien in Wien tagte stets. Hans Kudlich, der zu seinen Mitgliedern zählte, schrieb am 14. April aus Wien, daß Aufrufe und Flugblätter den Deutschen nach Böhmen und Mähren versendet werden. Der Verein hat den Ministerpräsidenten Grafen Fiequelmont aufgefordert die Wahlen in die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. auszuschreiben. Über die Stimmung die damals im Verein herrschte zeugt dieser Teil von Kudlichs Brief:

„Preußen war klug und germanisierte seine eroberten Provinzen, es einigte, während Österreich separierte. Preußen wird für seine Klugheit möglicherweise, jetzt das Primat in Deutschland davontragen.“<sup>90</sup> Am selben Tag, an dem Kudlich diesen Brief schrieb, am 14. April 1848, begann in den böhmischen Ländern die Agitation für die Wahlen nach Frankfurt a. M. mit dem Aufruf an die Deutschen, sie sollen die Wahlen veranstalten und die Fahnen in großdeutschen Farben hissen.<sup>91</sup> Ein „offener Brief“ des Wiener Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren, und Schlesien forderte die Deutschen auf, nie für ein verantwortliches Ministerium in Prag, für die Lostrennung von Deutschland, die Einführung der tschechischen Sprache in die Schulen und Gerichte der deutschen Kreise, und als Unterrichtssprache an der Prager Universität, ebenso wie für die Vereinigung Böhmen's, Mähren's, und Schlesien's zu stimmen.<sup>92</sup>

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß das Ergebnis dieser Agitation, die eigentlich schon am 9. April 1848 begonnen hat, auch die Bittschrift des Bürgerschaftsausschusses und der Rittergutsbesitzer vom Bezirk Cheb (Eger) am 15. April 1848 war, in der die Loslösung des Egerlandes von Böhmen und der eigene Landtag gefordert wurden.<sup>93</sup> In dieser Bittschrift wurde auch „die innige Verbindung der Monarchie mit dem großen deutschen Vaterlande“ gefordert.<sup>94</sup> Am selben Tag übersand die Stadt Zatec (Saatz) eine Adresse an den National-Ausschuß nach Prag, in der sie den Protest des Wiener Vereines der Deutschen aus Böhmen, Mähren, und Schlesien vom 9. April 1848 übernahm und die sofortige Durchführung der Wahlen nach Frankfurt a. M. forderte.<sup>95</sup>

90. Hans Kudlich, *Rückblicke und Erinnerungen*, 3 vols. (Budweis: Verlagsanstalt „Moldavia,” 1926), I, S. 181-82.

91. Pfitzner, „Die Wahlen,” S. 41.

92. Maršán, *Čechové a Němci*, S. 100.

93. Karl Hugelmann, *Die österreichischen Landtage im Jahre 1848*. III. Teil, Beilage III (Wien, 1940), S. 17-18.

94. Pfitzner, „Die Wahlen,” S. 32.

95. Josef Pfitzner, „Die Revolution von 1848/49 und die Sudetendeutschen,” *Archiv für Politik und Geschichte*, Heft 10/11 (Berlin, 1926), S. 435-36.



Die deutsche nationale Bewegung steigerte in jenen Tagen ihre Aktivität so, daß eine Veranstaltung der anderen folgte. Das zeigte sich besonders in Böhmen und Schlesien. Die deutschen in diesen Ländern stimmten in ihrem Großteil mit den Aufrufen des Wiener Vereins überein und forderten den Anschluß an Deutschland. Diese sich stets vergrößernde Bewegung bekam auch ihre Hilfe aus den deutschen Staaten. So brachte zum Beispiel *Die Kölnische Zeitung* einen Bericht ihres Korrespondenten in dem die Deutschen in Böhmen zu größerer Aktivität mit diesen Worten aufgefordert wurden: "Soll hier etwas geschehen—und es muß—so geschehe es rasch."<sup>96</sup>

Die Prager Deutschen veranstalteten am 17. April 1848 eine Versammlung, wo sie sich entschlossen haben ihren eigenen Verein zu bilden, dessen Zweck neben der Gleichberechtigung beider Nationalitäten Böhmens, auch in Vereinigung mit den übrigen Ländern Österreichs, die zum Deutschen Bunde gehörten, die Verbindung mit Deutschland sein sollte.<sup>97</sup> Zwei Tage nachher hat der neue Verein den Namen Constitutioneller Verein angenommen. Am 17. April brachte die Troppauer deutsche Zeitung einen Aufsatz von Franz Tiller, in dem die Verbindung Böhmens mit Mähren und Schlesien entschlossen abgelehnt wurde und die Regierung wurde aufgefordert die tschechischen Forderungen abzulehnen. Falls sie das nicht machen wird, dann bedeutet es das Ende des kaiserlichen Staates. Das war der Anfang. Dann folgte ein Protest der Troppauer Deutschen. Es wurden in ihm die Forderungen beider Prager Petitionen abgelehnt und der Protest endete mit diesen Worten: "Wir sind entschlossen unsere Entscheidung mit aller Kraft und deutscher Tapferkeit zu wehren: wir werden unser Leben, Blut und Eigenthum für den Anschluß an Deutschland einsetzen, denn wir sind Deutsche. . . ."<sup>98</sup>

Die Stimmung, die in Opava (Troppau) in jenen Tagen herrschte ist auch aus einen Brief des Tschechen Jan Kozánek vom 18. April 1848 erkennbar. Er schreibt davon, daß er das Tragen der Kokarde in großdeutschen Farben abgelehnt hat, womit er die Deutschen so gegen sich aufreizte, daß wenn nun auf seine Adresse ein Paket aus Prag kommen möchte, die Einwohner ihn vielleicht sogar totschiagen möchten.<sup>99</sup>

Die deutschen Vertreter der Stadt Liberec (Reichenberg) haben sich an andere deutsche Städte in Böhmen gewendet und sie aufgefordert ihre Vertreter nach Liberec (Reichenberg) zur gemeinsamen Sitzung zu senden. Diese fand am 18. April statt und es nahmen an ihr neben den Vertretern aus Liberec (Reichenberg) nur die Vertreter aus Žatec (Saatz) und Litoměřice (Leitmeritz) teil. Es war aber doch ein wichtiger Schritt zum gemeinsamen Handeln.

96. Pfitzner, "Die Wahlen," S. 28.

97. Schopf, "Wahre," II, S. 24.

98. Václav Čepelák, "Opavsko a Slovanský sjezd 1848," *Věstník Matice opavské*, Jg. 36 (Opava, 1931), S. 18.

99. *Ebenda*, S. 20.

Die deutsch-nationale Bewegung, hauptsächlich im Norden Böhmens erhielt in jenen Tagen eine große Hilfe aus dem Ausland. In Leipzig wurde am 17. April 1848 der "Verein zur Wahrung der deutschen Interessen in den östlichen Grenzmarken" gebildet. In seiner Leitung waren Dr. Henrich Wuttke, Dr. Julius Fürst und Dr. Gustav Kühne und der Verein überschüttete "... die sudetendeutschen Landschaften mit einer Flut von Aufrufen und Kundgebungen, die ebenso zum Ausharren wie zum Anschluß an das neue Reich aufforderten."<sup>100</sup> Von jenen Tagen kam es dann oft zu gemeinsamen Treffen der Deutschen aus Böhmen mit den Deutschen aus Sachsen, Preußisch-Schlesien, und Bayern auf den so genannten Grenzverbrüderungsfesten.

Am 19. April 1848 kam eine große Gruppe Wiener Hochschüler nach Prag. Sie waren mit Abzeichen in großdeutschen Farben geschmückt. Sie wollten die Bevölkerung im Sinne des Anschlusses Böhmens an Deutschland beeinflussen. Und so wurde der 19. April 1848 für die Prager Deutschen zu einem bedeutenden Tag. Der Constitutionelle Verein wurde offiziell gebildet, es kamen die Wiener Hochschüler und die deutschen Freiwilligen aus Prag verabschiedeten sich um am nächsten Tag nach Schleswig-Holstein zu ziehen.<sup>101</sup> J. V. Frič beschrieb in seinen Erinnerungen jene Sitzung, welche die Wiener Studenten am 20. April in Prag veranstalteten. Der Hauptredner Heinrich Reutter sprach davon, daß Hus und Žižka bloß Geister sind und daß die böhmische Krone in die Rumpelkammer gehört.<sup>102</sup> Die Wiener Studenten übten ihren Einfluß auch in anderen Städten aus, wo sie Sitzungen veranstalteten und Flugblätter verteilten.<sup>103</sup> In jenen Tagen erreichte der Kampf um die Teilnahme an den Wahlen in die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. in Böhmen seinen Höhepunkt.

*Karls-Universität, Prag*

100. Josef Pfitzner, "Die grenz- und auslandsdeutsche Bewegung des Jahres 1848," *Historische Zeitschrift*, Bd. 160 (München, 1939), S. 318.

101. Es waren nur 10, aber 20 sollen schon früher nach Schleswig-Holstein gefahren sein. Dazu Schopf, "Wahre," II, S. 25.

102. Frič. *Paměti*, II, S. 18.

103. So z.B. das Flugblatt: "Worte eines Wiener Studenten gesprochen am 21. April in Leitmeritz." Siehe Maršán, *Čechové a Němci*, S. 70.